

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 34. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

---

Sitzungsdatum: 18. Juni 2019 / 19. Juni 2019  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18:00 – 21.50 Uhr (18.06.2019) / 18:00 – 19.20 Uhr (19.06.2019)

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Markus Gruber, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Philippe Hofmann (entschuldigt am 18.06.2019)  
Roman Klauser  
Christoph Morat  
Thomas Pfaff  
Franz Vogt (entschuldigt am 19.06.2019)  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung (entschuldigt am 18.06.2019 und 19.06.2018)  
Jesse van Rijswijk, Stv. Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

### Dienstag, 18. Juni 2019

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Kathrin Gürtler, Markus Gruber, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Manfred Jutzi, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Christian Stocker Arnet, Flavia Tschan, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Jörg Waldner, Julia Gosteli, Barbara Grange, Beatrice Stierli

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24  
18.30 Uhr 36 Anwesende = 24  
21.10 Uhr 34 Anwesende = 23

---

**Mittwoch, 18. Juni 2019**

Anwesend:	Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Julia Gosteli, Kathrin Gürtler, Markus Gruber, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Flavia Tschan, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann
Entschuldigt:	Jörg Waldner, Barbara Grange, Manfred Jutzi
2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 37 Anwesende = 25 18.10 Uhr 38 Anwesende = 26 18.40 Uhr 38 Anwesende = 26

---

**Bereinigte Traktandenliste**

1. Bericht des Gemeinderates vom 13.02.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, betreffend **Stiftung Tagesheime Allschwil STA – Ablösung der Leistungsvereinbarung**  
**Beantwortung des Postulats der GLP betreffend**  
**Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung**  
**Beantwortung des Postulats der SP-Fraktion betreffend Zukunftsvision des Gemeinderates hinsichtlich der Stiftung Tagesheime Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4392 / A  
Geschäft 4259A  
Geschäft 4290A
2. Bericht des Gemeinderates vom 20.03.2019, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2019, betreffend der **Jahresrechnung 2018**  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt  
Geschäft 4430 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 03.04.2019, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend **Geschäftsberichte 2018 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser  
Geschäft 4431 / A
4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend **Tätigkeitsbericht 2018**  
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel  
Geschäft 4468
5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.02.2019, betreffend **Wahlbüro**  
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel  
Geschäft 4457
6. Postulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 20.03.2019, betreffend **Raus aus dem MIV**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat  
Geschäft 4448
7. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat  
Geschäft 4396
8. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie**

- 
- Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4400
9. Postulat von Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth, Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend  
**Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411
10. Motion von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 15.01.2019, betreffend  
**Frühförderung**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4434
11. Postulat von Julia Gosteli, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend  
**Beiträge zu Lärmschutzmassnahmen**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4453
12. Wahl der Mitglieder des **Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2019/2020**  
a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates  
b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin  
c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin  
d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen  
e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen Geschäft 4465

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 33 vom 18. Juni 2019 und 19. Juni 2019**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Markus Gruber

---

---

## Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

### [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**Markus Gruber**, Präsident: Ich begrüsse alle ganz herzlich zur ersten der beiden Juni-Sitzungen.

Zu den Mitteilungen: Morgen Mittwoch, 19. Juni, beginnen wir um 18.00 Uhr direkt mit der Wahl des Einwohnerrats-Büros. Ich bitte Sie aber, die Unterlagen dabei zu haben, da wir vermutlich zwischen den Wahlgeschäften andere Geschäfte weiterbehandeln werden. Am Freitag, 21. Juni, findet der Abend der offenen Baustelle des Tiefbauamts Basel-Landschaft statt. Die Bevölkerung soll dort Einblick in die Bauarbeiten entlang der Baslerstrasse nehmen können. Leider überschneidet sich dieser Anlass mit dem Schlussabend des Einwohnerrates. Wir haben leider keinen separaten Termin für den Einwohnerrat gefunden. Man kann natürlich an der öffentlichen Führung teilnehmen. Sonst müsste man das Thema nach der Sommerpause nochmals aufnehmen.

Mir ist ein Rücktrittsschreiben zugegangen. Frau Semra Wagner hat per Ende Juni ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Ich möchte ihr im Namen des Einwohnerrates ganz herzlich für ihren grossen Einsatz während ihren elf Jahren im Einwohnerrat danken und wünsche ihr alles Gute für die Zukunft.

Mir liegt eine dringliche Interpellation vor, Geschäft 4470, dringliche Interpellation Fahrradwege Überquerung Bachgraben von Henry Vogt, SVP-Fraktion. Ich übergebe das Wort an Herrn Vogt zur Begründung der Dringlichkeit.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Die Dringlichkeit ist gegeben rein dadurch, dass wir uns gerade im Bau dieser Überquerung befinden und dass wir andererseits somit vielleicht Kosten sparen können und auch die Sicherheit der Bevölkerung auf beiden Überquerungen gewährleisten können. Die Anfrage kam nicht von mir persönlich, weil ich besonders häufig ist diese Brücke benutzen würde, sondern ich wurde aus der Bevölkerung heraus angesprochen, ob wir nicht etwas unternehmen könnten. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt dafür.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Somit stimmen wir über die Dringlichkeit ab. Es ist ein 2/3-Mehr erforderlich.

**://:**

Das Postulat Geschäft Nr. 4470 wird nicht für dringlich erklärt; mit 19 Ja zu 9 Nein bei 8 Enthaltungen ist das 2/3-Mehr von 24 Ja-Stimmen nicht erreicht.

**Markus Gruber**, Präsident: Das 2/3-Mehr gemäss § 51 Geschäftsreglement bezieht sich auf die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder und schliesst also die Enthaltungen mit ein. Somit wird die Interpellation an einer der nächsten Sitzungen ordentlich traktandiert.

Im Übrigen sind folgende neuen Vorstösse eingegangen:

- Geschäft 4469, Postulat für eine Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil von Alfred Rellstab, SVP-Fraktion
- Geschäft 4471, Postulat Lärmbelästigung Schulhaus Gartenstrasse, von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion
- Geschäft 4472, Kleine Anfrage betreffend Zonenreglement Landschaft, Orientierender Anhang 2, Punkt 1.7 Feldbäume/Einzelbäume, von Niklaus Morat, SP-Fraktion

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Euch allen liegt ein Antrag des Gemeinderats betreffend Traktanden 3 und 4 vor. Nach Ansicht des Gemeinderates ist ein Beschluss mit 2/3-Mehr nach § 58 Abs. 2 Geschäftsreglement notwendig, damit die Traktanden 3 und 4 auf der Traktandenliste bleiben können. Das Büro hat den Antrag geprüft, kam aber zum Schluss, dass der Antrag nicht zulässig ist, dies aus folgendem Grund: Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist ein Reglement der Legislative. Somit können nur Mitglieder der Legislative allfällige Verstösse gegen das Geschäftsreglement beanstanden. Der Gemeinderat hat keine Kompetenz, Verstösse gegen das Geschäftsreglement des Einwohnerrates zu beanstanden. Somit ist der Antrag des Gemeinderats kein ordentlicher Antrag und kann nicht im Einwohnerrat behandelt werden. Dies ist die Entscheidung des Büros. Falls der Gemeinderat nicht einverstanden ist, kann er sich auf dem Rechtsweg an den Regierungsrat wenden. Ich möchte jetzt keine Diskussion darüber eröffnen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich erlaube mir doch etwas dazu zu sagen. Ich möchte nur eine Frage stellen. Es könnte doch auch ein Einwohnerrat diesen Antrag stellen? Es müsse doch nicht allein der Gemeinderat sein, der einen solchen Antrag stellt. Wenn also ein Einwohnerrat den Antrag stellen würde, dann ist er selbstverständlich legitimiert, dies zu tun.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt worden ist und frage den Rat an, ob es Anträge auf Änderung der Traktandenliste gibt.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Damit die Form gewahrt ist, möchte ich hiermit als Einwohnerrat den Antrag des Gemeinderats stellen; denn auch ich bin der Meinung, dass die Geschäfte der Traktanden 3 und 4 nicht rechtzeitig gekommen sind. Damit wir sie behandeln können, müssen wir entsprechend darüber abstimmen. Wenn der Einwohnerrat dies dann will, können wir die Geschäfte behandeln.

**Markus Gruber**, Präsident: Verstehe ich richtig, dass Sie einen Antrag auf Absetzung stellen?

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Nein, ich stelle den Antrag, dass wir kurz darüber abstimmen, dass es in Ordnung ist, wenn wir die beiden Geschäfte heute behandeln – obwohl sie nicht rechtzeitig zugestellt wurden.

**Markus Gruber**, Präsident: Das Büro ist nicht der Ansicht, dass nicht rechtzeitig zugestellt wurde. Darum kommt der Absatz, den der Gemeinderat erwähnt, nicht zur Anwendung. Was der Rat aber tun kann, ist, dass er nach § 68 Abs. 1 ein Geschäft mit einfachem Mehr von der Traktandenliste absetzt.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Wir sind klar der Meinung, dass die Frist eingehalten wurde. Die Berichte wurden am 6. Juni allen Einwohnerräten zugestellt. Das sind genau zwölf Tage Differenz bis heute, und wir müssen nach Kalendertagen zählen, nicht nach Stunden.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich möchte nicht darauf herumhacken. Aber aus meiner Sicht ist der Bericht nicht rechtzeitig verschickt worden. Denn er wurde nicht per Post verschickt. Und es ist nicht meine Aufgabe als Einwohnerrat, Berichte aus dem E-Mail herauszufiltern und zu schauen, ob ein Bericht eingegangen ist oder nicht. Ich erhalte die Geschäfte des Einwohnerrates auch nicht per Mail, sondern ich habe explizit darauf beharrt, dass diese postalisch versendet werden. Darum war der Versand aus meiner Sicht nicht rechtzeitig. Einfach um das klarzustellen. Ich bin aber nicht dagegen, dass das Geschäft heute behandelt wird. Wir konnten es in der Fraktion besprechen und es hatten am Ende auch alle die Unterlagen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich möchte auch keine juristische Abhandlung aus der ganzen Geschichte machen. Ich denke, es ist allen wichtig, dass die Geschäfte heute behandelt werden. Aber es ist dem Gemeinderat ebenso wichtig, dass die Formalitäten eingehalten werden. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass die Frist nicht gewahrt ist, weil die Traktanden, respektive die Anhänge zu den Traktanden und die Unterlagen der GPK – der Geschäftsbericht und der Tätigkeitsbericht – verspätet und nur per Mail zugestellt wurden. Das kann man alles heilen, indem man die Abstimmung durchführt. Zwei Drittel der Anwesenden heben ihre gelbe Karte hoch, dann ist das ganze geheilt und die Sache ist in Ordnung und wir können zur Tagesordnung übergehen. Dies ist das ganze Anliegen, dass der Gemeinderat hat. Vielleicht noch ein Punkt, der ganz wichtig ist: Für die ordnungsgemässe Einladung zur Einwohnerratssitzung ist der Gemeinderat verantwortlich. Darum hat der Gemeinderat diesen Antrag auch gestellt. Selbstverständlich obliegt es Ihnen zu sagen, das interessiert uns nicht, wir machen es anders. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe wahrgenommen, das ist alles. Damit habe ich meine Ausführungen gemacht, von denen ich aber doch denke, dass sie wichtig waren.

**Florian Spiegel**, 1. Vizepräsident: Ich möchte kurz präzisieren, was der Präsident vorhin meinte betreffend Absetzung von Traktanden. In unserem Geschäftsreglement steht das mit dem 2/3-Mehr sehr wohl drin. Per 1.1.2018 wurde auch das Gemeindegesetz des Kantons Baselland überarbeitet, und es steht dort neu ein nicht unwichtiger Passus drin, den man bei dem Ganzen beachten muss. Das Gemeindegesetz gibt gewisse Regelungen vor, die über dem Geschäftsreglement stehen. Und im Gemeindegesetz sind unter anderem die Fristen bei Gemeindeversammlungen geregelt. Dort, wo man einen Einwohnerrat hat, gelten diese Fristen für den Einwohnerrat. Es ist dort von einer Frist von zehn Tagen die Rede. Wir haben in unserem Geschäftsreglement zwölf Tage, das ist soweit in Ordnung. Eine Verkürzung auf acht Tage hätten wir nicht vornehmen dürfen. Der interessante Punkt ist aber der § 57 Abs. 3 Gemeindegesetz, der sagt: Über Geschäfte, die nicht gemäss § 55 innerhalb der Frist publiziert wurden, dürfen keine Beschlüsse gefasst werden. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass wir entweder das Geschäft heute behandeln, weil wir der Meinung sind, die Frist sei eingehalten. Oder man ist der Meinung, die Frist

---

sei nicht eingehalten, dann bedeutet das aber auch, dass man die Geschäfte an der heutigen Sitzung nicht behandeln und nicht darüber abstimmen darf. Das ist im Gemeindegesetz seit dem 1.1.2018 ganz klar so geregelt.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Ich möchte kurz auf den einen Abschnitt hinweisen, nämlich § 58 Abs. 1 des Geschäftsreglements, wo steht, dass Berichte «gedruckt oder vervielfältigt» zugestellt werden müssen. Wir leben in einer digitalen Welt, das sollte eine Zustellung per Mail eigentlich ausreichen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ob die Fristen eingehalten sind und ob die Rechtsauslegung richtig erfolgt ist, dazu möchte ich mich nicht äussern. Was mich stört, ist die zunehmende Hektik im Einwohnerratsbetrieb. Da möchte ich doch einfach um mehr Sorgfalt bitten, damit wir dann auch Zeit haben, die Sachen zu bearbeiten und unter Kolleginnen und Kollegen darüber zu diskutieren.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich bin für Abbruch der Diskussion und möchte zusätzlich auch darum bitten, angesichts der Situation der Traktandenliste die heutige Sitzung sehr straff zu führen. Damit es nicht wieder solche Auswüchse gibt, wie wir sie letztes Mal hatten.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir stimmen ab über den Antrag von Herrn Münch, die Geschäfte 3 und 4 auf der Traktandenliste zu belassen.

**://:**

Dem Antrag, die Geschäfte Nr. 3 und 4 auf der Traktandenliste zu belassen, wird grossmehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen, zugestimmt.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit gilt die Traktandenliste als genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

***Traktandum 1***

Bericht des Gemeinderates vom 13.02.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, betreffend Stiftung Tagesheime Allschwil STA – Ablösung der Leistungsvereinbarung  
Beantwortung des Postulats der GLP betreffend Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung  
Beantwortung des Postulats der SP-Fraktion betreffend Zukunftsvision des Gemeinderates hinsichtlich der Stiftung Tagesheime Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4392/A, Geschäft 4259A, Geschäft 4290A

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich darf kurz darauf zurückkommen, dass das Geschäft schon am 15. Mai traktandiert gewesen war. Dort wurden von Frau Grange erhebliche Zweifel ins Feld geführt bezüglich der Kompetenz zur Auflösung der Leistungsvereinbarung. Ich habe inzwischen im Gemeinderat abgeklärt, dass wir diese Kompetenz effektiv haben, und ich möchte vorab unseren Juristen, Herrn Rudolf Spinnler, bitten, dies kurz zu erklären.

**Rudolf Spinnler**, Jurist, Gemeindeverwaltung: Wir von der Gemeindeverwaltung sind – im Unterschied zu Herrn Schwörer von der Stabsstelle Gemeinden beim Kanton – der Meinung, dass Verträge mit reglementsmässigem Inhalt zwar vom Einwohnerrat beschlossen werden müssen, dass aber, mangels Erwähnung der Kündigung in der fraglichen Vorschrift, diese Kündigung nicht in die Kompetenz des Gemeinderates fällt. Denn das Gemeindegesetz sagt ausdrücklich, dass der Gemeinderat sämtliche Befugnisse hat, die der Einwohnergemeinde zustehen, und die nicht durch einen besonderen Rechtssatz anderen Gemeindeorganen zugewiesen sind. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht – und haben dazu auch eine längere Praxis –, dass Kündigungen durch den Gemeinderat erfolgen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Aufgrund dieser Aussage möchte ich und möchte der Gemeinderat Ihnen den Vorschlag machen, dass der Antrag Nr. 1 des Gemeinderats umformuliert wird, um so jeder politischen Diskussion aus dem Weg zu gehen. Ich bitte, die Neuformulierung aufzulegen. Hiernach nimmt der

---

Einwohnerrat zur Kenntnis, dass neu dem Gemeinderat die Delegation erteilt wird, die Leistungsvereinbarung einvernehmlich aufzulösen. Damit wirken wir dem politischen Druck entgegen, ohne aber ein Präjudiz dahingehend zu schaffen, dass der Gemeinderat Vereinbarungen immer vom Einwohnerrat absegnen lassen müsste. Danke für das Verständnis.

**Markus Gruber**, Präsident: ich lese den Antrag für das Protokoll vor:

*Der Einwohnerrat beschliesst, dass der Gemeinderat die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime Allschwil STA vom 9./28. Februar 2011 per 31. Dezember 2019 im gegenseitigen Einvernehmen auflöst.*

**Henry Vogt**, Präsident der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales (KBKGS): Bevor wir zur Diskussion kommen, möchte ich kurz die Sicht der Kommission darlegen. Ich versuche, sie so neutral wie möglich zu halten. Die Ablösung der Leistungsvereinbarung hat sich während der ganzen Behandlung als sehr schwierig erwiesen. Es gab viele Meinungen mit dem gleichen Ziel, nämlich einer guten Betreuung für unsere Kinder. Schwierig war es darum, weil uns die bevorstehende Revision des FEB-Reglements ständig begleitete. Uns war bewusst, dass wir uns an das jetzige Reglement halten müssen. Aber wir wussten auch, dass die Revision für die betroffenen Eltern und Kinder eine grundlegende Veränderung bedeuten kann. Wie das FEB-Reglement in ein paar Jahren wirklich aussehen wird, kann wohl zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand sagen. Wenn die Revision dann wirklich einmal als fertige Reglementsversion vorhanden ist, gilt immer noch, wie beim Fussball: Ein Match ist erst gespielt, wenn der Schiedsrichter abgepfiffen hat. Die STA soll privatisiert werden. Im Jahr 2015 schrieb bereits die GLP ein Postulat betreffend modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung, worin gleich lange Spiesse für alle Anbieter gefordert werden. Im Mai 2016 bittet die SP in ihrem Postulat betreffend Zukunftsvision des Gemeinderates hinsichtlich der Stiftung Tagesheime Allschwil unter anderem um Auskunft über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und STA. Beides ist Bestandteil des vorliegenden Geschäfts. Das heisst, seit fünf Jahren ist die Ablösung der Leistungsvereinbarung im Jahr 2019 bekannt. Jetzt ist es so weit. Für die Stiftung heisst das, dass sie ab 2020 die strategische und operative Verantwortung allein übernehmen wird. In der Privatwirtschaft muss sie sich dem Kampf der Mitbewerber stellen, Umsatz generieren, Gewinn steigern, Prozesse auf Effizienz trimmen, Kosten minimieren. Sie wird jetzt keine konkurrenzlose Dienstleistung mehr anbieten. Aber so einfach ist es nicht. Vor allem hat die STA als Stiftung gewisse andere Schwerpunkte. Sie gilt auch als guter Arbeitgeber mit attraktiven Arbeitsbedingungen. Gemäss einer Erhebung des schweizerischen Krippenverbandes arbeiten Angestellte durchschnittlich zwei Jahre in einer Kinderbetreuungsinstitution. Demgegenüber hat die Stiftung viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in langjährigen Arbeitsverhältnissen. Das ist nicht zu verachten. Es hat sicher auch mit der staatlichen Institution an sich zu tun. Denn die Hemmschwelle, Angestellte zu entlassen, ist in der Regel höher, oder man sucht eine andere Lösung, zum Beispiel eine Umplatzierung. Die Hire- and Fire-Mentalität ist natürlich lange nicht so ausgeprägt wie in der Privatwirtschaft. Die STA als staatliche Institution hat ein pädagogisches Konzept und auch eine gewisse Vorbildrolle mit sozialer Verantwortung. Auch da stellt sich schlussendlich die Frage: Kann die STA ihr pädagogisches Konzept aufrechterhalten und weiterhin ihre pädagogische Betreuungsarbeit leisten? Oder muss die Qualität der Wirtschaftlichkeit weichen? Das ist die Herausforderung, der sich die STA bereits stellt und weiterhin stellen muss: den schwierigen Weg zu finden zwischen Privatwirtschaft und von der Gemeinde abhängigem Betrieb.

Die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales empfiehlt, sämtlichen Anträgen des Gemeinderats zu folgen. In der ersten Abstimmung war dies einstimmig. In der zweiten Abstimmung, d. h. nach der Verschiebung des Geschäfts auf Juni, war die Abstimmung grossmehrheitlich mit 4 Ja, 1 Nein und 2 Enthaltungen.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet für die allgemeine Beratung.

#### *Allgemeine Beratung*

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Vorweg ein Dank an den Gemeinderat für die Änderung von Antrag Nr. 1, sodass wir die juristische Streitfrage nicht weiter zelebrieren müssen. Ich finde es aber zum Schmunzeln, dass der Gemeinderat, respektive Allschwil ein neues Logo hat in drei Parteifarben.

*[Heiterkeit]*

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ein Dank zunächst an dich Henry, für deine Worte. In der letzten Sitzung hatten wir den Antrag auf Nichteintreten gestellt zum Geschäft 4392. Begründet hat dies ausführlich Barbara Grange. Zu dem Standpunkt, das Geschäft sei vom Gemeinderat nicht ganz korrekt aufgeleitet,

---

hat Barbara Grange nochmals mit einem mehr farbigen Papier Verknüpfungen gezeigt, wie sie als Juristin die rechtliche Situation aufzeigen würde. Dies haben alle Fraktionen erhalten. Ich hoffe, der Gemeinderat und die Mitglieder des Einwohnerrates haben das sechsseitige Papier wahrgenommen. Scheinbar ist es ein Augenöffner. In Zukunft soll doch bei allen Leistungsvereinbarungen, die auf uns zukommen, korrekt vorgegangen werden. Ich bleibe dabei: Das Geschäft ist unglücklich aufgegleist worden. Aber offenbar hat das Schreiben von Barbara Wirkung gezeigt. Heute Morgen habe ich per Zufall erfahren, dass die bürgerlichen Fraktionen einen Antrag einbringen werden, wonach die Kompetenz zur Auflösung von Leistungsvereinbarungen dem Einwohnerrat zugewiesen werden soll, oder etwas in dieser Richtung. Ich finde es hoch spannend, ja, fast wegweisend, dass Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Anträge des Gemeinderats ändern, in der Weise, dass sie dann so lauten, wie sie lauten sollten. Ich weiss nicht, warum der Gemeinderat das nicht selber machen konnte. Wer bewegt sich da auf unsicherem Boden? Auf einer Bananenschale? Die Legislative führt das aus, was Sache der Exekutive wäre, nämlich deren Anträge zu ändern.

Aber: Das Geschäft ist sehr wichtig. Und in der Zwischenzeit hat sich ja einiges bewegt. Personen aus dem Stiftungsrat haben ein Papier ausgearbeitet und in Umlauf gebracht. Sicher nicht, um das Papier versenken zu lassen, was aber offenbar passiert ist. Erstaunlich, sehr erstaunlich. Da werden Personen aus Behörden und Parteien – ich nehme an, das sind Personen, die vertrauenswürdig, fähig und interessiert sind und die Anliegen der Stiftung vertreten – einfach fallen gelassen. Ich könnte auch sagen, man desavouiert sie. Personen, die die STA bestens kennen, die deren Interessen vertreten und ihre Zukunft – nicht politisch, sondern gesellschaftlich für Allschwil – vor Augen haben.

Ich habe gehört, es brauche gleich lange Spiesse. Aber diese sind nie gleich lang. Weil auch alle Angebote unterschiedlich sind. Für die Gesellschaft: Ausbildungsplätze, und zwar qualifizierte. Notfallplätze hat es dort für die Kinder. Über lange Jahre die gleichen Begleiter, wir haben es vorhin gehört, und ein pädagogisches Konzept für die Eltern. Bestens ausgebildetes, qualifiziertes Personal. Und für die Mitarbeitenden: Weiterbildungen, überschaubare Einsatzpläne. Vieles spricht für die Qualität der STA. Das ist kein Hütedienst. Um all das, was die STA für die Gesellschaft, die Kinder, die Eltern darstellt, kann man sie nicht mit einer anderen Tagi vergleichen. Man kann sie nur vergleichen mit anderen kommunalen Tagi mit vergleichbarem Angebot für alle Betroffenen. Das wissen die Stiftungsräte. 80 % Auslastung reichen da nicht. Dies nur von wegen gleich lange Spiesse. Ich weiss als Pädagoge: Schon zwei Kinder mehr bringen eine ganz andere Situation. Es hat nie gleich lange Spiesse.

Ein zentraler, ja *der* zentrale Punkt ist der Zeitpunkt der Auflösung. Das ist eigentlich das Hauptthema dieser Leistungsvereinbarung. Und hier kommt das FEB-Reglement ins Spiel. Wir haben dieses Reglement hier im Rat durchgepeitscht wie ein gestresster, verunsicherter Hirt seine Schäfchen. Ich war auch dabei. Für die STA spielt es aber wohl eine immense Rolle, was in dem Reglement drinsteht. Übrigens: Ich war heute in Schönenbuch bei einer Mediation. Dort liegt das FEB-Reglement auf für die morgige Gemeindeversammlung. Es soll im Dezember verabschiedet werden. Ein Tipp an unsere Kommission, dieses dort anzufordern. Niemand von uns würde in einen Pool springen, wenn er weiss, der Pool hat Schwachstellen und ist in Revision. Das FEB-Reglement bei uns ist auch in Überarbeitung, und gemäss Planung des Gemeinderats soll es, wie wir gehört haben, der zuständigen Kommission zur politischen Würdigung in zehn Monaten vorliegen. Und aufgrund der Äusserungen aus dem Kreis des Rats hat man ja versucht, dies noch etwas nach vorn zu bringen, dies vor allen Dingen wegen der dann neuen Zusammensetzung des Parlaments und der Kommissionen.

Zu dem Punkt, dass die Leistungsvereinbarung per 31. Dezember 2019 aufgelöst werden soll: Warum ist dieser Zeitpunkt so in Stein gemeisselt? Warum kann man nicht gescheiter werden? Personen aus dem Stiftungsrat, die für die zentralen Anliegen der STA eingestanden waren – das sind Personen aus Parteien oder der Legislative, und die Exekutive hat ihnen den Support ausgeschlagen – aber diese Stiftungsräte wollen, dass der Wechsel erst mit der Überarbeitung des FEB-Reglements umgesetzt wird. Die Lösung, die diese Personen aus dem Stiftungsrat in die politische Diskussion eingebracht haben, ist kostenneutral. Denn die Defizitschranke ist genau die gleiche hinterher. Nochmals: Personen aus dem Stiftungsrat haben Anträge eingereicht im Sinne der Kinder, der Eltern, der Mitarbeitenden und schlussendlich, wie man sagen muss, im Sinne von Allschwil. Und erst noch, um es noch einmal zu sagen, kostenneutral. Sowie für die STA stabilisierend. Die SP unterstützt diese Anträge aus dem Kreis der Stiftungsräte. Will heissen, wir treten ein. Wir lassen die Anträge aus dem Stiftungsrat als Gegenanträge auflegen. Zum Antrag 2 hatte ich letztes Mal schon einen Antrag vorbereitet gehabt. Diesen habe ich eingefügt an Stelle desjenigen aus dem Stiftungsrat. Eigentlich hätte ich ganz gern zu Abs. 2 keine Abstimmung, damit die Leute, die zwei Hüte aufhaben, nicht beide oder keinen ablegen müssen. Das geht leider nicht. Aus diesem Grund beantragen wir bei Antrag Ziff. 2 eine namentliche Abstimmung. Ich bringe nachher das Papier nach vorn.



---

*Anträge der SP-Fraktion:*

1. *Der Einwohnerrat beschliesst die Fortführung der geltenden Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime Allschwil STA (nachfolgend „STA“) vom 9./28. Februar 2011.*
2. *Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, die einvernehmliche Auflösung der Leistungsvereinbarung mit der STA zeitgleich mit der für 2021 geplanten Revision des FEB-Reglements dem Einwohnerrat erneut vorzulegen.*
3. *Der Einwohnerrat ersucht den Gemeinderat, den eingeschlagenen Kurs zur Minderung des Betriebsdefizites bei der Stiftung Tagesheime auf Basis des bestehenden Finanzplans der STA fortzuführen.*
4. *Der Einwohnerrat beschliesst, dass die Gemeinde Allschwil für Defizite der STA bis Ende 2020 maximal im Betrag von CHF 150'000 aufkommt.*
5. *Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass der Mietvertrag für die Räumlichkeiten an der Baslerstrasse 255d im jetzigen Zustand zu den bisherigen Konditionen vorzeitig um 15 Jahre, d.h. bis zum 31. Mai 2035 verlängert wird. [unveränderter Antrag Nr. 4 des Gemeinderates]*
6. *Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, den Antrag zur einmaligen Zahlung von CHF 500'000.00 an die Stiftung Tagesheime Allschwil (zur Sicherstellung der Liquidität nach Beendigung der Leistungsvereinbarung) zeitgleich mit der Auflösung der Leistungsvereinbarung dem Einwohnerrat erneut vorzulegen (vgl. Antrag 2).*

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich fand es gut, dass wir das Geschäft letztes Mal verschoben haben, weil, wie ich damals schon sagte, Unklarheiten bestanden, die der Bereinigung zugeführt werden mussten. Für unsere Fraktion ist es nicht so entscheidend, ob der Gemeinderat über die Kündigung entscheidet oder der Einwohnerrat. Diesbezüglich ist ja inzwischen mit dem Kompromiss des Gemeinderats – ich sehe es als Kompromiss, und zwar als konstruktiven Kompromiss an – eine günstigere Lösung offeriert. Was wir in unserer Fraktion grundsätzlich auch nicht wirklich entscheidend finden, ist, ob diese Kündigung auf Ende 2019 erfolgt oder ob es eine Verlängerung der Vereinbarung gibt. Ganz entscheidend ist für unsere Fraktion, und das möchte ich deutlich sagen, dass möglichst wenig weitergewurschtelt wird. Seit ich die Sache mit den Tagesheimen kenne, und ich kenne sie jetzt seit 2012, wird gewurschtelt. Immer ein bisschen weniger; und wir hoffen, dass in der Sache noch wesentlich weniger gewurschtelt wird. Aber es lässt sich nach unserer Meinung bei der unklaren Situation, die besteht, nicht verhindern, dass man weiterhin damit rechnen muss, dass nicht alles optimal geregelt ist.

Dann noch ein ganz anderes Anliegen, das ich habe, und zwar jetzt zum Verfahren im Einwohnerrat: Ich finde es relativ ungünstig, dass hier Anträge herumschwirren, die ich zum Teil gar nicht kenne. Ich habe en passant aus anderen Mails entnommen, dass es einen Antrag seitens der CVP geben soll, dass es einen solchen auch seitens der FDP geben soll. Ich habe diese nie gesehen, und vielleicht gibt es sie ja jetzt auch gar nicht wirklich. Es gibt inzwischen einen Antrag der SP, wie ich jetzt gehört habe; und dann ist mir auch noch einmal einer begegnet seitens der SVP, wobei ich nicht weiss, ob dieser aufrechterhalten wird. Ich finde das eine denkbar ungünstige Situation, und es passt zu dem Votum, das ich eingangs gebracht habe, wo ich von Hektik sprach, und ich möchte sie sogar als galoppierende Hektik bezeichnen. So kann man nicht zu guten Ergebnissen kommen.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich möchte gleich zu Anfang eines festhalten: Ich rede hier als Vertreter der Privatwirtschaft. Und ich muss sagen, es ist mir grad hochgekocht, als ich hörte, dass der Kommissionspräsident – so kam es bei mir an – sagt: In der Privatwirtschaft herrsche «hire and fire», die Qualität in der Privatwirtschaft sei schlechter, die Anstellungen in der Privatwirtschaft seien schlechter. So etwas kann ich einfach nicht unbeantwortet stehen lassen. Ich bin Vertreter eines KMU. Ich führe ein KMU mit 38 Mitarbeitern. Wir agieren am Markt. Und wir müssen zu Marktpreisen arbeiten. Und ich sehe keinen Grund, warum die Stiftung Tagesheime nicht auch am Markt agieren soll wie alle anderen Anbieter auf dem Platz Allschwil. Mit gleich langen Spiessen, mit den gleichen Voraussetzungen. Und wenn eben die Auslastung nur 80 % ist, dann muss man reagieren und sich überlegen, wie man entweder die Auslastung auf 100 % bekommt und die entsprechenden Massnahmen durchsetzt. Für 70 % der erwachsenen Einwohner der Schweiz ist dies das Tagesgeschäft; für die, die in der Privatwirtschaft arbeiten, ist das normal. Und abschliessend möchte ich noch folgendes sagen: Ich finde es falsch, wenn man ständig das FEB-Reglement mit der Stiftung Tagesheime verknüpft. Das FEB-Reglement gilt für alle Tagesheime in Allschwil und nicht nur für die Stiftung Tagesheime. Und alle Tagesheim-Anbieter in Allschwil müssen

---

sich nach dem FEB-Reglement richten – ausser, bis jetzt, die Stiftung Tagesheime. Aus meiner Sicht als KMU ist das falsch und wettbewerbsverzerrend und muss bereinigt werden.

**Henry Vogt, SVP-Fraktion:** Ich habe es so nicht gesagt. Ich habe versucht, mich so neutral wie möglich auszudrücken. Und ich habe Fragen gestellt. Dies, weil natürlich die Meinungen in der Kommission unterschiedlich waren. Jetzt würde ich gern meine Meinung in meiner Eigenschaft als SVP-Fraktionspräsident sagen. Dies war ein ganz schwerer Monat. Die STA-Angelegenheit hat sehr viel Zeit und Energie verbraucht. Aber ich bin guter Dinge, dass wir heute zu einem guten Abschluss kommen. Ich möchte auch hier meine Erfahrungen und mein neu gewonnenes Wissen mit euch teilen. Das ganze juristische Geplänkel klammere ich aus. Wir haben ja letztes Mal erlebt, wie das endet. Aber vorab möchte ich doch erwähnen, dass ich es als fragwürdig empfinde, dass Barbara Grange eine vierseitige Abhandlung über die rechtlichen Ausführungen des Gemeinderats schreibt – Hut ab, ich finde es gut, nicht dass das falsch verstanden wird – und dass unser Rechtsdienst dazu... ich weiss nicht, wie man dem sagen soll, er hätte sich jedenfalls ausführlicher äussern können.

Aber eigentlich haben wir ja alle das gleiche Ziel. Wir wollen querbeet für Allschwil und für unsere Allschwiler Kinder und Familien das bestmögliche Betreuungsangebot. Aber das bestmögliche Angebot für alle heisst auch, dass alle gleichbehandelt werden. Und das ist momentan einfach nicht der Fall. Alle heisst: Kinder, Eltern und Institutionen. Auf dem Platz Allschwil reden wir von neun Tagesheimen, 264 Plätzen und 400 Kindern. Durch die Leistungsvereinbarung wird die STA nicht dem FEB-Reglement unterstellt. Das ist ein riesiger Wettbewerbsvorteil für die STA. Es besteht ein anderer Verteilungsschlüssel für die Subventionen, keine Stundenabrechnung, unterschiedlicher Schulabzug, unterschiedliche Regelungsmöglichkeiten bei den Betreuungspensen usw. Oder umgekehrt gesagt: Die privaten Institutionen und die Eltern, die ihre Kinder in den privaten Institutionen haben, sind grundsätzlich benachteiligt. Und da reden wir von der grossen Mehrheit. Das sind sechs von neun Tagesheimen, oder 161 von 264 Plätzen. Das ist ganz klar eine Bevorzugung einer staatlichen Institution und eine ganz klare Wettbewerbsverzerrung. Und das ist so einfach nicht fair. Es ist jetzt an der Zeit, diesen Missstand aufzuheben und nicht noch einmal zwei Jahre zu warten. Das geht nur mit der Kündigung und Ablösung der Leistungsvereinbarung auf Ende 2019. Die STA hatte jetzt fünf Jahre Zeit, sich auf diesen Moment vorzubereiten. Scheinbar ist sie auf einem guten Weg, aber sie hat das Etappenziel, auf eigenen Füßen zu stehen, noch nicht erreicht oder besser gesagt: immer noch nicht erreicht. Das ist die nackte Wahrheit. Dass sich die STA durch den Vorschlag des Gemeinderats bedrängt gefühlt hat, kann ich so nicht gelten lassen. Denn sie wissen seit Jahren, dass der Juni 2019 kommen wird und dass über die Kündigung gesprochen wird und dass eine Lösung angestrebt werden muss. Eine Lösung wie die, die wir jetzt haben, und die, wie auch Herr Fläcklin meinte, eine grosszügige Lösung ist, aus meiner Sicht sogar mehr als grosszügig. Die nächsten zwei Jahre mit der Übernahme des Betriebsdefizits, CHF 250'000 und CHF 150'000, mit diesem Geld wird sich auch die befürchtete Fluktuation ausgleichen lassen, falls überhaupt notwendig. Wir können ja nicht davon ausgehen, dass diese Fluktuation überhaupt stattfinden wird. Wo sollen denn diese Kinder hingehen? Die anderen Institutionen sind genauso voll, teilweise mit Auslastungen gegen 100 %. Und wieso sollen sie überhaupt wechseln? Der nächste Anbieter hat ja dann die genau gleichen Bedingungen wie die STA selber. Eine Lösung mit einem Startkapital von einer halben Million Franken, sehr grosszügig, zur Sicherstellung der Liquidität, weil ja scheinbar kein Kapital gebildet werden darf. Wie erklärt sich denn, nachlesbar in der Einwohnerratssitzung vom 10. Februar 2015, wo es um das zinslose Darlehen für die Erstellung von Langmatten II ging, als die STA ein Darlehen des Investors von CHF 200'000 bekam und weitere CHF 100'000 von der Gemeinde sowie – Achtung: «CHF 100'000 konnte die Stiftung selber geben», ist protokolliert. Da frage ich mich natürlich, wenn die Stiftung kein Kapital äufnen darf, wo dieses Geld herkam. Diese Frage will ich offen im Raum stehenlassen. Und wenn wir es gerade vom Geld haben: Im 18. August 2016, Geschäft 4306, Nachtragskredit für die Subventionierung der Stiftung Tagesheime Allschwil in der Höhe von ca. CHF 468.000, scheinbar wegen Unklarheiten, unter anderem in der Leistungsvereinbarung. Der Einwohnerrat hat damals grossmehrheitlich zugestimmt und den Kredit gesprochen. Interessant ist, dass in all diesen Geschäften und Diskussionen seit 2015 die Kündigung der Leistungsvereinbarung ein erwähnter Punkt ist, so wie immer erwähnt wird der schöne Satz: Wenn ihr jetzt nicht zustimmt, ist die STA in Gefahr.

Als letzter Punkt möchte ich nur kurz zum FEB-Reglement kommen. Es ist richtig, dass dieses FEB-Reglement nicht gerade familienfreundlich ist. Es ist auch richtig, dass dieses FEB-Reglement Lücken hat, Optimierungs- und Verbesserungspotenzial. Das ist so. Aber bei diesem wichtigen Reglement darf man jetzt nicht wieder einen Schnellschuss zulassen. Und um das richtig zu machen und zu überarbeiten, braucht es Zeit. Lasst uns der Verwaltung ab jetzt auch die Zeit dazu geben, damit das sauber herauskommt. Es wird auch Zeit, dass bei diesem Thema saubere und klare Verhältnisse geschaffen werden, was die STA angeht. Damit das auch gelingt, ist es unabdingbar, dass sich der Gemeinderat aus dem Stiftungsrat zurückzieht. Das Verhältnis ist einfach zu verflochten und zu undurchsichtig. Wir Einwohner\*innen können das nicht bestimmen. Wir können das nur dem Gemeinderat empfehlen. Denn die Gemeinde

---

wird auch zukünftig nach Schweizer Recht die Aufsichtsbehörde der Stiftung sein. Die Aufsichtsbehörde kann nicht gleichzeitig die Gesamtverantwortung für die finanzielle Führung der Stiftung haben. Das ist eine der Aufgaben des Stiftungsrats.

Wir werden den ursprünglichen Antrag des Gemeinderats so, wie er jetzt vorliegt, unterstützen. Lasst uns jetzt diesen Schritt machen und alle Institutionen gleichstellen, alle Eltern gleichstellen und mit der Ungerechtigkeit aufhören, und nicht noch einmal mindestens zwei Jahre warten. Lasst uns jetzt der STA sagen: Nutzt diese Gelegenheit mit unserer vollen Unterstützung und poliert diese Stiftung auf Hochglanz.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir sind jetzt recht berieselt worden, ich konnte nicht alles notieren. Eine grundsätzliche Frage: Henry Vogt als Fraktionssprecher hat diverse Sachen gesagt, und ich würde gern dem Kommissionspräsidenten Henry Vogt ein paar Fragen stellen. Ich habe das Ganze angeschaut. Ich weiss noch aus Gesprächen mit Barbara Grange, dass es laut Stiftungsrecht zwei Formen von Stiftungen gibt: privatrechtliche und öffentlich-rechtliche. Mir ist nicht bekannt, was es hier ist. Wir reden auch über privatwirtschaftliche Spiesse. Was haben wir hier für eine Stiftung? Ist sie privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich? Wenn sie öffentlich-rechtlich ist, sind dann die Mitarbeitenden in öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnissen oder nicht? Das würde ich gern wissen. Ich nehme an, ihr als vorberatende Kommission seid dem sicher einmal auf den Grund gegangen, denn das ist ja eine Kernkompetenz, wenn man eine Stiftung, die öffentlich-rechtlich organisiert ist, mit privaten gleichsetzen will, ob man das so tun kann. Oder sind hier schon unterschiedliche Spiesse? Das würde ich gern wissen.

Du sagtest auch eben, wir wollen die Stiftung «auf Hochglanz polieren». Ich glaube, sie ist schon auf Hochglanz. Die Stiftung lebt wunderbar. Sie ist die grösste Stiftung, die wir in Allschwil haben, und sie macht ihren Job. Als der Gemeinderat an das Thema herangegangen ist, sagte er, es hat Sparpotenzial, da müssen wir hineinfahren. Und unsere Angst ist ja – ich spüre das noch nicht so ganz bei den anderen Stiftungsratsmitgliedern – dass die Qualität, die man momentan bringt, oder die in der Vergangenheit erbracht worden ist, nicht mehr gebracht werden kann. Das heisst, das ist nicht mehr möglich. Wie kann man heruntersparen? Beim Personal. Man stellt nur noch Praktikantinnen und Praktikanten ein. Die langjährigen Mitarbeiter können gehen, die sind zu teuer. Und man fördert auch keine Lehrstellen mehr. Da ist die Frage, ob man das im FEB-Reglement in Zukunft berücksichtigen will oder nicht. Die Stiftung STA bietet Lehrstellen an. Ich weiss nicht, ob die anderen Tagi das auch anbieten oder nicht. Schlussendlich geht es um die Frage, welche Qualität wir hier weiterführen möchten und welche nicht. Diese Frage hätte ich noch gerne geklärt. Und wenn du es vielleicht wegen deinem Doppelmandat nicht kannst, haben wir ja auch noch den Stiftungsratspräsidenten mit Doppelhut hier vertreten.

**Florian Spiegel**, 1. Vizepräsident: Wir haben noch zwei gemeldete Redner auf der Liste. Ich würde vorschlagen, dass wir diese zuerst zu Wort kommen lassen und dann anschliessend dem Kommissionspräsidenten oder, je nachdem, dem Gemeinderat, die Gelegenheit zur Erwiderung geben.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Ich möchte etwas zum Votum von Ueli Keller sagen. Er meinte vorhin, es sei nicht matchentscheidend, ob der Einwohnerrat oder der Gemeinderat den Vertrag im gegenseitigen Einverständnis auflöst. Doch, es ist matchentscheidend, finde ich. Der Gemeinderat hat die Kompetenz nicht. Zu Andreas Bärtsch: Dass man die STA unter die gleichen Bedingungen wie ein KMU stellt, das nennt man in der Privatwirtschaft Profitcenter. Wir sind hier nicht in der Privatwirtschaft. Punkt.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage. Wir sind ja eigentlich immer noch bei der Eintretensdebatte, und wir sind jetzt schon daran, das Geschäft zu behandeln. Meine Anregung wäre daher: Nachdem die juristischen Differenzen geklärt werden konnten und der Antrag umformuliert wurde, gibt es irgendwelche Gründe ...

**Markus Gruber**, Präsident: Herr Pozivil, anfangs der Debatte hatte ich gefragt, ob das Eintreten bestritten sei. Das war nicht der Fall. Wir können natürlich noch abstimmen, wenn das gewünscht wird, aber das haben wir bis anhin nie gemacht. Aber wir sind nicht mehr in der Eintretensdebatte. Wir sind in der allgemeinen Debatte.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Dann habe ich das missverstanden. Dann würde ich gerne die FDP-Fraktionsmeinung kundtun. Wir sind eigentlich seit Anbeginn hinter den Anträgen des Gemeinderats gestanden. Wir denken, es ist gut, wenn das ganze Juristische einmal ausgeklammert werden kann und der erste Antrag umformuliert wurde. Ich möchte nicht ausführlicher werden. Aber ich möchte auf etwas hinweisen, das uns immer wieder erstaunt. Die Verhandlungen mit der STA haben ja über mehrere Monate hinweg stattgefunden, und daraus gingen dann die Anträge des Gemeinderats hervor. Es ist ja nicht so, dass man sich abends zu einem Bierchen getroffen und schnell eine Lösung zu finden versucht hat, sondern es wurde lange Zeit verhandelt und darüber diskutiert, was für beide Parteien stimmen würde und

---

wie man das Ganze lösen kann. Daraus sind dann diese Anträge entstanden. Bei uns entstand der Eindruck, dass innerhalb sehr kurzer Zeit, weil im ersten Antrag ein paar Wörter falsch gewählt waren, die ganze Welt sich umgekehrt hat und plötzlich neue Erkenntnisse herauskamen. Und die ursprüngliche lange Diskussion wurde gewissermassen hinfällig. Das hat uns sehr verwirrt.

Die FDP-Fraktion steht nach wie vor voll hinter den Anträgen des Gemeinderats und wird ihnen zustimmen.

**Florian Spiegel**, 1. Vizepräsident: Es stehen noch Frage an den Kommissionspräsidenten im Raum. Möchte er Antwort geben?

**Henry Vogt**, Präsident der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales (KBKGS): Deine Frage, Etienne, welche Rechtsform die Stiftung hat, ist wieder ein formelles Geplänkel. Denn die Stiftungsform wird von der Stiftung entschieden, und sie kann das immer noch ändern. Und was die Qualität angeht: Die Privaten streben auch immer nach Qualität und bilden genauso Mitarbeiter aus. Sie haben auch Lehrlinge usw. Sie sind vielleicht nicht 1:1 wie die STA, aber sie bilden genau gleich auch Leute aus.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich werde mich kurzfassen, aber vier Punkte muss ich noch erwähnen.

Erstens die erwähnten Beiträge für den Ausbau des Tagesheims Langmatten, diese CHF 100'000, waren ein spezielles Geld, das über Bundessubventionen wieder zurückerstattet wurde. Das musste natürlich vorfinanziert werden, und deswegen konnte man die CHF 100'000 einsetzen. Das ist also am Schluss nicht auf der Kasse der Stiftung Tagesheime liegengeblieben.

Zweitens: Die Stiftung Tagesheime Allschwil ist eine Stiftung nach privatem Recht, aber die ist gemeinnützig. Das heisst, im Unterschied zu einem Unternehmen ist sie gemeinnützig und reinvestiert Gewinne ins Unternehmen oder verwendet sie zur Tarifsenkung. Es werden also z.B. keine Aktionäre bedient.

Drittens: Sie, der Einwohnerrat, haben im Jahr 2016 uns, dem Gemeinderat, den Auftrag erteilt, die Leistungsvereinbarung zu künden.

Damit auch gerade zum vierten Punkt: Das FEB-Reglement ist für alle in Allschwil ansässigen Institutionen geltend. Deswegen möchten wir, der Gemeinderat Allschwil, so rasch wie möglich, per Ende 2019, die Leistungsvereinbarung auflösen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe vorhin, am Anfang der allgemeinen Beratung, etwas zur Situation und zu den anstehenden Entscheidungen gesagt. Jetzt möchte ich zukunftsorientiert noch drei Fragen an den Gemeinderat stellen:

Erstens: Es ist immer wieder von gleichen Spiessen die Rede. Entscheidend ist, ob diese Spiesse gleich lang oder gleich kurz sind. Hm. Denn wenn die Spiesse kürzer sind, ist es aus meiner Sicht natürlich so, dass automatisch die Qualität der Betreuung beeinträchtigt ist. Erste Frage daher: Wie beurteilt der Gemeinderat das Risiko, dass mit dieser Übung der gleichen Spiesse zugleich die Qualität der Betreuungsangebote der 261 Plätze in Allschwil insgesamt schlechter wird?

Zweitens: Der Gemeinderat hat der Kommission, als ich an diesem Geschäft mitarbeitete, attestiert, dass es zu Kürzungen der Subventionen gekommen sei. Solche Subventionskürzungen können verschiedene Folgen haben. Eine davon ist, dass die Eltern, weil sie die Kürzung kompensieren müssen, ins Portemonnaie greifen müssen, wenn sie die gleiche Qualität bekommen wollen. Dann gibt es folgende zwei Möglichkeiten; das kenne ich jetzt wirklich aus langjähriger und schweizerischer Erfahrung: Die erste Möglichkeit ist, dass die Eltern ihre Kinder möglichst wenig anmelden. Das heisst nachher, dass der Umsatz – entschuldigen Sie bitte, dass ich bei Kindern von Umsatz rede – viel grösser wird. Es gehen also viel mehr Kinder in ein Betreuungsangebot, und es gibt weniger Konstanz. Die zweite Folge von Subventionskürzungen, wie sie der Gemeinderat attestiert hat, kann sein, dass die Eltern, obwohl objektiv eigentlich Bedarf bestünde, die Kinder gar nicht mehr anmelden. Das wirkt sich zuungunsten der Kinder aus und kann sich rächen. Denn den Kindern fehlt nachher das ganze Leben lang etwas, nämlich eine konsolidierte gute Betreuungssituation in Familiensituationen, wo die Eltern dies nicht selbst wahrnehmen können. Zweite Frage daher: Inwiefern rechnet der Gemeinderat auch für Allschwil mit solchen negativen Folgen im Zuge der Subventionskürzungen?

Die dritte Frage betrifft das FEB-Reglement. Wir alle haben jetzt ausführlich und eindeutig festgestellt, dass dies ein relativ anspruchsvolles und kompliziertes Geschäft ist. Das wird noch viele Diskussionen

---

und viel Reinigungsbedarf geben, und da wird man noch manches Mal über die Bücher gehen müssen. Und der Gemeinderat hatte ja gesagt, er wolle das bis im Juni 2020 unter Dach und Fach haben, also beschlossen vom Einwohnerrat. Frage: Wie sieht der Gemeinderat aus heutiger Sicht diese Zeitplanung? Ist sie noch realistisch, und wenn ja, was unternimmt der Gemeinderat, damit das wirklich bis im Juni 2020 umgesetzt werden kann, wie es ursprünglich einmal diskutiert worden ist?

Die Antworten müssen nicht jetzt sofort kommen; aber ich hätte sie schon gerne.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich würde gern auf die von mir aus gesehen fünf Fragen von Ueli Keller kurz antworten.

Erste Frage: Sind die Spiesse gleich lang? Ja. Wenn die Leistungsvereinbarung gekündigt wird, sind die Spiesse gleich lang für alle Unternehmen, die in Allschwil in diesem Bereich tätig sind.

Zweitens, Risikobeurteilung zum Spannungsverhältnis Qualität und Preis und wie es in Einklang gebracht werden kann. Da kann ich Ihnen versichern – und das ist ja der Vorteil davon, dass die Gemeinde im Stiftungsrat Einsitz hat – dass die Stiftung sehr gut aufgestellt ist, dass sie auch gutes Personal hat, und dass sie sich in den letzten Jahren auch darauf vorbereitet hat, zu einer ausgeglichenen Rechnung zu kommen. Deswegen schätzt der Gemeinderat das Risiko als sehr gering ein, dass es nach der Kündigung der Leistungsvereinbarung nicht funktionieren könnte.

Drittens, Subventionen. Hier sprechen Sie an, was nachher, bzw. heute schon für alle Organisationen genau gleich gilt. Man gibt nämlich Subventionen an Kinder, resp. an deren Eltern. Und das ist ja ein rein politischer Entscheid, den Sie hier im Einwohnerrat mit fällen können. Es ist natürlich klar, wenn es weniger Subventionen gibt, ist es auch weniger attraktiv, das Kind zu bringen. Und selbstverständlich berücksichtigt die Subvention auch, wie hoch das Einkommen der Eltern ist.

Viertens: Gibt es negative Folgen wegen der Kürzung? Das habe ich im Prinzip schon bei der 3. Frage beantwortet.

Fünftens, FEB-Reglement. Hier haben wir ja den Weg und den Zeitplan aufgezeigt. Ich kann Ihnen aber sagen, das ist die Zeit, die es im Minimum braucht. Kürzer ist es nicht möglich, weil es die Schritte braucht, damit die Angelegenheit, wie Sie das möchten, Herr Keller, seriös im Einwohnerrat behandelt werden kann.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es ist ein paarmal gesagt worden, dass die Ausnahme der Stiftung Tagesheime vom FEB-Reglement eine Wettbewerbsverzerrung darstellt. Das ist absolut richtig. Aber es ist ein wenig blutleer, wenn man sagt, es handelt sich um eine Wettbewerbsverzerrung. Wir müssen uns nämlich vor Augen halten, was das konkret bedeutet. Kinderbetreuung ist ein Markt, denn es gibt verschiedene Anbieter. Dort werden die Preise gemacht, wobei man sich nach den Mitbewerbern richten muss. Auf diesem Markt ist eine Stiftung Tagesheime tätig, die unbestrittenermassen eine gute Qualität liefert, aber zu Tarifen – auch für die Eltern, die keine Subvention haben – die nach heutigem Stand nicht kostendeckend sind. Aber auf dem Markt müssen sich die anderen Anbieter auch nach diesem Tarif richten; und sie müssen ohne Subventionen wirtschaften. Und wenn jetzt von der linken Seite beklagt wird, dort stimme die Qualität nicht, man arbeite mit Praktikanten etc., etc., dann ist das ein bisschen zynisch. Denn das ist genau die Folge dieser Wettbewerbsverzerrung, indem man nämlich die privaten Anbieter mit zu niedrigen Tarifen im subventionierten Tagesheim unterbietet und es ihnen dadurch verunmöglicht, in einer besseren Qualität kostendeckende Tarife zu verlangen. Das ist das Problem, und darum müssen wir die gleichen Spiesse schaffen. Und das ist dringend, und darum sollte man das jetzt auch nicht weiter aufschieben.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich nehme das wohlwollend auf, das heisst, dass du, Matthias Häuptli, gerne auch mit einer Tarifierhöhung im FEB-Reglement dich freuen kannst. Wenn ich es vorhin richtig gehört habe, hat ja der Gemeinderat gesagt, dass die Stiftung Tagesheime ein Budget eingegeben hat mit Null. Also die STA machte heute noch Defizit. Aber der Gemeinderat bespricht und begleitet ja die Budgetvorgaben mit der STA. Das heisst, der Gemeinderat weiss, wo gespart wird. Und da möchte ich gerne vom Gemeinderat wissen: Wo wird gespart? Beim Personal? Den Praktikanten? Bietet man weniger Lehrstellen? Wird irgendetwas optimiert oder ausgelagert? Ihr wisst es. Könnt ihr mir das vielleicht einmal aufzeigen? Wo und wie wird gespart, und wie kann der Gemeinderat das Versprechen, dass die Stiftung gut durchkommt und nachher auch unter dem FEB gut vorwärts machen kann, aufzeigen?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich habe das in der Kommission bereits beantwortet und dargelegt, dass die meisten Einsparungen von sachlichem Charakter sind. Das heisst, man hat versucht, die Mahlzeiten

---

günstiger zusammenzulegen, den Standort der drei Tagesheime zu nutzen. Man hat Verhandlungen über den Mietpreis geführt. Man hat Optimierung bei der Belegung mit den Mitarbeitenden vorgenommen, sodass sie z.B. in schwach besuchten Zeiten nicht arbeiten. Das führte dazu, dass man einige hunderttausend Franken einsparen konnte. Dort sind wir wirklich auf einem guten Weg, und ich bitte Sie, dass wir diesen Weg weiter beschreiten.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich verstehe es nicht, dass der Gemeinderat dies jetzt, kurz bevor das neue FEB-Reglement kommt, künden will. Ich werde den Anträgen der SP folgen. Was ich vom Gemeinderat noch wissen möchte: Gesetzt den Fall, dass die Stiftung Tagesheime in Konkurs geht: Welches Szenario hat er sich parat gemacht, das dann für die 113 Plätze ausgeführt werden soll und für die 240 Kinder, die dann von einem Tag auf den anderen keinen Platz mehr haben? Dafür habt ihr doch sicher schon einen Fahrplan und wisst genau, wo ihr diese Kinder unterbringt.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Das ist vermutlich eine Suggestivfrage. Denn wie ich vorhin sagte, schätzt der Gemeinderat das Risiko als sehr gering ein. Das heisst, die Stiftung ist auf dem Weg, sie ist etabliert, sie ist von guter Qualität und ganz nah an einer schwarzen Null in der Rechnung. Also wieso um Himmels Willen sollten plötzlich 180 Kinder, die heute in dem Tagesheim sich wohlfühlen, plötzlich nicht mehr dorthin gehen? Diesen Plan B kann ich Ihnen heute noch nicht präsentieren.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich möchte noch schnell ein paar Worte verlieren, zu dem einen Postulat der SP-Fraktion, das ja in diesem Geschäft drinsteckt. Kurz zu den drei Fragen, auf die im Bericht des Gemeinderats eingegangen wird.

Zu 1: Bezüglich der künftigen Zusammenarbeit mit der Stiftung enthält die Antwort lediglich den Verweis darauf, dass die Stiftung jetzt ins Privatleben entlassen wird und halt unter das FEB-Reglement gestellt wird. Das finde ich ein wenig dürftig als Antwort auf die gestellte Frage.

Zu 2: Zum Konzept zur Garantie der Ausbildungs- und Notplätze schreibt der Gemeinderat, die Stiftung werde selbstverständlich auch in Zukunft Ausbildungsplätze bereitstellen können. Logisch, das können alle. Aber sie können es auch bleiben lassen. Nach Auffassung des Gemeinderats ist es nicht sinnvoll, Notfallplätze bei einzelnen Anbietern einzukaufen. Da hätte ich mir gewünscht, dass irgendetwas Konkretes darüber vorliegt, was passiert, wenn Notfallplätze in Anspruch genommen werden müssen.

Zu Frage 3 und der Antwort darauf: Das ist mittlerweile obsolet geworden.

Die Abschreibung dieses Postulats als Einzelnes kann ich nicht unterstützen. Beim Rest folge ich selbstverständlich der Fraktion.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich wäre eigentlich der Meinung, dass wir jetzt langsam zum Schluss kommen. Wir haben die Meinungen gehört, und ich denke, wir sollten zur Abstimmung gelangen. Ich beantrage Abbruch der Diskussion, damit wir ein wenig vorankommen. Wir haben letztes Mal schon fast zwei Stunden gebraucht. Jetzt sind wir auch schon wieder gute anderthalb Stunden an dem Thema. Ich denke, es sollte gereicht haben, damit wir unsere Meinungen bilden können.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Nur ganz kurz zu den Anträgen. Urs Pozivil hat vorhin darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat nach langer Arbeit uns Anträge vorgelegt hat. Wir haben letzte Woche erfahren, dass Stiftungsratsmitglieder aus ihrer Warte auch Anträge formuliert haben. Vorhin habe ich gesehen, dass drei Parteien einen Antrag gemacht haben für die Abstimmung hier. Machen wir das Puzzle weiter: Die SP hat auch einen Antrag, das wäre die Nr. 2 auf diesem Papier. Also im Prinzip haben wir jetzt vier Parteien, den Gemeinderat und die Mitglieder des Stiftungsrates, die zwei Varianten vorgelegt haben. Also ein Papier, auf dem zwar unser Signet drauf ist: Die Anträge 1, 3, 4 und 5 sind von den Stiftungsräten ausgearbeitet und ich habe sie übernommen. Antrag 2, wie gesagt, ist das, was wir letztes Mal schon dabeigehabt hätten, für alle Fälle, falls wir so weit gekommen wären.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir haben einen Antrag auf Abbruch der Diskussion. Wir stimmen darüber ab. Es steht niemand mehr auf der Rednerliste.

://:

Dem Antrag auf Abbruch der Diskussion wird einstimmig bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen. Ich frage den Rat an, ob eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratungen über die Geschäfte 4392 / A, 4259 / A, 4290 / A abgeschlossen sind.

### *Abstimmung*

**Markus Gruber**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, S. 8 des Berichts. Mir liegen Anträge der SP sowie der GLP vor. Wir stellen zuerst den angepassten Antrag 1 des Gemeinderats dem Antrag 1 der SP gegenüber.

#### Antrag 1 des Gemeinderats:

1. Der Einwohnerrat beschliesst, dass der Gemeinderat die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime Allschwil STA vom 9./28. Februar 2011 per 31. Dezember 2019 im gegenseitigen Einvernehmen auflöst.

#### Antrag 1 der SP-Fraktion:

1. Der Einwohnerrat beschliesst die Fortführung der geltenden Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime Allschwil STA vom 9./28. Februar 2011.

**://:**

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 24:11 Stimmen bei 1 Enthaltung.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eine Frage zum Verfahren: Mir ist nicht ganz klar, wie das jetzt weitergeht. Werden jetzt alle Anträge gegenübergestellt? Das macht keinen Sinn für mich.

**Markus Gruber**, Präsident: Es liegen Anträge des Gemeinderats vor und es liegen Anträge der SP vor. Diese werden einander gegenübergestellt, weil sie das Gleiche betreffen. Sodann gibt es noch einen Antrag der GLP, den wir nachher noch auflegen werden. Aber diese Gegenüberstellung ist das übliche Verfahren.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe einfach gezählt: Beim Gemeinderat sind es sieben und bei der SP fünf Anträge. Da kann man doch gar nicht alle gegenüberstellen.

**Markus Gruber**, Präsident: Die SP-Anträge betreffen ja auch nicht alle Punkte des Gemeinderats. Die SP hat nicht zu jedem Antrag einen Gegenantrag gestellt.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin etwas verwirrt. Es sind ja noch gar keine Anträge gestellt worden. Irgendwann müssen wir doch bei der Beratung zum Punkt «Anträge» kommen, dann werden sie gestellt. Aber ich weiss überhaupt nicht, was jetzt auf dem Tisch ist. Den Antrag der SP haben wir auch nie vorgängig gesehen, Ich weiss auch nicht, ob jetzt noch andere Anträge kommen. Wir müssen ja unseren Antrag auch noch irgendwann einmal stellen können. Ich habe ihn zwar einmal nach vorne gegeben. Aber gestellt werden muss er ja wohl auch noch hier drin.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir machen fünf Minuten Timeout, damit Sie die Anträge anschauen und begutachten können. Sie sind im Vorhinein verschickt worden.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Also liebe Leute, jetzt wäre es wichtig, dass man eine klare Linie fährt, und nichts Anderes. Es ist jetzt klar, wir haben die Diskussion abgeschlossen. Die Diskussion ist beendet. Es ist klar, wir sind jetzt daran, über die Anträge abzustimmen. Das ist vorhin klar formuliert worden. Das machen wir jetzt, und jetzt soll bitte das Büro vorgeben, was wem gegenübergestellt wird, und dann können wir abstimmen. Wir brauchen jetzt nicht noch viel Anderes. Was ich nachvollziehen kann, ist, dass man die Anträge, die noch nicht deutlich kommuniziert worden sind, rasch sprechen lässt. Aber den Rest bitte zurückhalten, abstimmen, Feierabend machen. Sonst sind wir um 21 Uhr immer noch an diesem Geschäft, und das bringt einfach nichts.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Anträge liegen auf und ich werde sie vorlesen. Aber wenn Sie noch Zeit brauchen, machen wir fünf Minuten Timeout... Sie haben alle die SP-Anträge gesehen, nehme ich an...

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ueli Keller hat es bereits erwähnt, es schwirren hier Anträge herum, die wir aber zum Teil nicht bekommen haben. Anträge werden hier drin gestellt und doch nicht irgendwie per Mail herumventiliert....

**Markus Gruber**, Präsident: Die Anträge liegen aber jetzt vor.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nachlegen, dass man in der allgemeinen Beratung nicht irgendein Blabla vom Stapel lässt, sondern konkret die Anträge, zu denen man spricht, auch auflegt. Dann weiss man, von was man redet. Sonst muss man doch bei den Beschlüssen die entsprechenden Anträge stellen.

**Markus Gruber**, Präsident: Normalerweise werden die Anträge bei der abschnittswisen Beratung gestellt, wenn das zusätzlich nötig ist. Aber das ist nicht verlangt worden, Darum denke ich, dass wir weitermachen können mit der Gegenüberstellung der Anträge.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir haben das Ergebnis zum Antrag 1 mitbekommen. Der Einwohnerrat möchte die Leistungsvereinbarung gekündigt haben. Das heisst, unser Antrag Nr. 2 wird obsolet und wir ziehen ihn zurück. Wir ziehen auch alle weiteren Anträge zurück; weil mit der Abstimmung zum 1. Antrag die Mehrheit gesprochen hat.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit stelle ich für das Protokoll fest, dass die Anträge 2, 3, und 5 der SP-Fraktion zurückgezogen sind. Der Antrag Nr. 4 ist analog demjenigen des Gemeinderats.

Wir haben jetzt noch einen Antrag der GLP. Dieser ist noch nicht besprochen und auch noch nicht von allen gesehen worden. Ich bitte, ihn aufzulegen. – Mit Ziff. 4 meinen Sie Antrag 4? In dem Fall machen wir jetzt einmal weiter, bis wir zum Antrag Nr. 4 kommen, dann gebe ich Ihnen das Wort.

Wir stimmen über die Anträge des Gemeinderats ab.

#### Antrag 2 des Gemeinderats

2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass a) die Subventionierung der Stiftung per 1. Januar 2020 nach den Vorgaben des FEB-Reglements und des Reglements über die Bemessung der massgeblichen Einkommen für einkommensabhängige Gemeindebeiträge der Gemeinde Allschwil vom 15. Juni 2016 erfolgt und dass b) die Berechnung und Ausschüttung der Subventionen ab diesem Zeitpunkt von der Gemeindeverwaltung, Bereich BEK, vorgenommen wird.

**://**

Dem Antrag wird grossmehrheitlich mit 25 Ja zu 5 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

#### Antrag 3 des Gemeinderats

3. Der Einwohnerrat nimmt die Übernahme der budgetierten Betriebsdefizite der Stiftung Tagesheime Allschwil STA in der Höhe von max. CHF 250'000.– im Jahr 2019 und von max. CHF 150'000.– im Jahr 2020 zur Kenntnis.

**://**

Dem Antrag wird einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir kommen zu Antrag Nr. 4 des Gemeinderats und zum Antrag der GLP.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es geht hier um einen Punkt, der bei diesem Geschäft bisher unter dem Radar war, nämlich die Verlängerung des Mietvertrags für die Räumlichkeiten an der Baslerstrasse 255d, also das dortige Tagi. Hier ist eine vorzeitige Verlängerung um 15 Jahre vorgesehen. Wir stellen hierzu den Antrag, wie bereits in der Eintretensdebatte angekündigt, dass man dies nicht tun soll, sondern dass Antrag Ziff. 4 gestrichen wird und in Ziff. 5 eine entsprechende Auflage aufgenommen wird. Warum das? Es ist ja jetzt eine Planung im Gange, wie man das Schulhaus Neuallschwil saniert und allenfalls erweitert oder auch nicht. Das Tagi befindet sich auf der betreffenden Parzelle, hier blau eingezeichnet, und nimmt dort den hinteren Teil ein. Es ist ein relativ altes Gebäude. Ich nehme an, ohne darüber nähere Kenntnisse zu haben, dass dort gelegentlich etwas saniert werden muss. Da ist es doch seltsam, wenn man jetzt vollendete Tatsachen schafft, in dem man sich auf 15 Jahre dazu verpflichtet, dass dieser Teil der Parzelle praktisch unantastbar ist. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich finde den Standort des Tagesheims dort nicht falsch und ich will ihn nicht infrage stellen. Aber ich denke, es ist für die Planung jetzt, da man noch nicht weiss, was dort einmal geschehen soll, völlig unglücklich, jetzt bereits vollendete Tatsachen zu schaffen und einen Teil der Parzelle für tabu zu erklären, in dem man fix



---

das Tagesheim drin hat. Man möchte doch nicht in die Situation kommen, dass man diesen Teil der Parzelle doch anderweitig brauchen würde und dann die Stiftung etwa auskaufen müsste. Darum beantragen wir, dass das nicht gemacht wird.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich bin sehr dankbar, dass Herr Häuptli einen solchen Vorschlag einbringt. Auch der Gemeinderat hat sich mit dieser Frage befasst, weil wir wissen, dass im Schulhaus Neuallschwil Bauarbeiten kommen werden. Was aber leider nicht bekannt ist im Einwohnerrat: Wir haben eine Stiftungsurkunde aus dem Jahr 1963. Darin hat die Gemeinde Allschwil der Stiftung dieses Grundstück gewidmet in einem unentgeltlichen Baurecht. Deswegen können wir über dieses Land nicht verfügen, dies nicht einmal, wenn wir uns mit der Stiftung Tagesheime einig würden, sondern man müsste die Stiftungsurkunde ändern. Und ich kann Ihnen versichern, weil eine Stiftung eine sehr langfristige Organisation ist, wird das nicht so locker möglich sein. Ich bitte Sie daher, entweder a) diesen Antrag zurückzuziehen oder ihn b) in jedem Fall abzulehnen; denn diese Stiftungsurkunde dürfen wir nicht überstimmen durch einen Beschluss des Einwohnerrates.

**Markus Gruber**, Präsident: Herr Häuptli, halten Sie Ihren Antrag aufrecht?

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich halte den Antrag selbstverständlich aufrecht. Es trifft nicht zu, dass dort ein Baurecht besteht. Es ist kein solches Baurecht im Grundbuch eingetragen; es müsste eingetragen sein, wenn es bestünde. Es kann sein, dass man seinerzeit einmal diese Vereinbarung getroffen hat, aber das ist über 50 Jahre her, es kann auch sein, dass das inzwischen abgelöst wurde. Ich kenne die Geschichte der Stiftung nicht. Aber die Aussage, das Baurecht stehe in der Stiftungsurkunde und darum existiere es, ist in dieser Form garantiert falsch. So einfach geht das sicher nicht. Wenn man in der Stiftungsurkunde jemandem etwas zuwendet, dann wird das im Moment der Stiftung gemacht; der Stifter wendet etwas zu. Das ist dann abgeschlossen. Damit gibt es keine weiteren Verpflichtungen mehr. Wenn jetzt noch irgendein Anspruch der Stiftung gegenüber der Gemeinde bestünde, dann wäre er längstens verjährt. Und wenn man dort kein Baurecht hat, dann hat man keines. Die Tatsache, dass ein Mietvertrag besteht, widerlegt ja, dass es sich um ein Baurecht handelt; denn sonst bräuchte es ja keinen Mietvertrag. Also das kann man nicht so stehen lassen, und darum halte ich an dem Antrag fest.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit stimmen wir über die Anträge ab.

#### Antrag 4 des Gemeinderats

4. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass der Mietvertrag für die Räumlichkeit an der Baslerstrasse 255d im jetzigen Zustand zu den bisherigen Konditionen vorzeitig um 15 Jahre, d.h. bis zum 31. Mai 2035, verlängert wird.

**Markus Gruber**, Präsident: Wer dem zustimmen will, gegenüber dem Antrag auf Streichung dieses Antrags...

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Eine ganz kurze Verfahrensfrage. Der erste Antrag, über den wir abgestimmt hatten, hiess doch, dass die Leistungsvereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst wird. Das heisst, wenn wir jetzt hier etwas ändern, ist das nicht mehr im gegenseitigen Einvernehmen, und wir widersprechen unserem ersten Abstimmungsergebnis.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Aus meiner Warte ist das kein Widerspruch. Denn die Leistungsvereinbarung ist das erste Dokument im ersten Antrag. Jetzt sind wir eigentlich frei und nehmen nun aber, wie gesagt, Einfluss auf eine Stiftungsurkunde. Diese hat seinerzeit die Gemeinde durch einen Gemeindeversammlungsbeschluss errichtet. Darin steht auch, dass es in einem Vertrag geregelt wird. Dieser liegt mir aber leider im Moment nicht vor. Also glauben Sie mir, das wäre ganz schlimm, wenn Sie das jetzt übersteuern würden, wenn Sie einen Beschluss der Gemeinde Allschwil aus dem Jahr 1963 heute aufheben würden.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir fahren mit der Abstimmung fort. Die Diskussion ist eigentlich beendet.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Also dürfen wir über den Antrag, den wir heute zum ersten Mal sehen, nicht mehr diskutieren? Als wir beschlossen haben, die Diskussion zu beenden, war dieser Antrag noch nicht vorgelegen. Somit stelle ich hiermit den Antrag, dass über diesen Antrag diskutiert werden darf.

---

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Laut Geschäftsreglement kann man keinen Antrag stellen auf weitere Diskussion, wenn die Beratung abgeschlossen ist. Wenn, dann müsstet ihr ein Rückkommen beantragen. Aber anderweitig geht es nicht einfach so.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir machen weiter mit den Anträgen. Sie können, wie erwähnt, einen Rückkommensantrag stellen. Aber wir wollen die Diskussion nicht künstlich verlängern.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Das will ich auch nicht. Können wir 5 Minuten Timeout machen?

*[Unmutsäusserungen aus dem Plenum]*

**Markus Gruber**, Präsident: Wir machen weiter mit Antrag Nr. 4. Ich habe ihn bereits vorgelesen. Der Gegenantrag der GLP lautet, den Antrag Nr. 4 des Gemeinderats zu streichen.

**:::**  
Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 29:7 Stimmen.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir kommen zu Antrag Nr. 5 des Gemeinderats. Herr Häuptli, halten Sie, angesichts des Abstimmungsergebnisses zu Nr. 4, Ihren Änderungsantrag zum Antrag Nr. 5 aufrecht?

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es handelte sich dabei um einen einheitlichen Antrag, der damit erledigt ist.

#### Antrag 5 des Gemeinderats

5. Der Einwohnerrat genehmigt eine einmalige Zahlung an die Stiftung Tagesheime Allschwil in der Höhe von CHF 500'000.– per Saldo aller Ansprüche per 1. Januar 2020.

**:::**  
Dem Antrag wird grossmehrheitlich bei 2 Nein und 2 Enthaltungen zugestimmt.

#### Antrag 6 des Gemeinderats

6. Das Postulat No. 4259 betreffend «Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung» (ER-Geschäfts 4259) wird als erledigt abgeschrieben.

**:::**  
Dem Antrag wird einstimmig bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

#### Antrag 7 des Gemeinderats

7. Das Postulat No. 4290 betreffend «Zukunftsvision des Gemeinderates hinsichtlich der Stiftung Tagesheime Allschwil» (ER-Geschäft 4290) wird als erledigt abgeschrieben.

**:::**  
Dem Antrag wird grossmehrheitlich bei 3 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

#### *Schlussabstimmung*

**:::**  
Das Geschäft wird grossmehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, als Ganzes abgeschlossen.

PAUSE

**Markus Gruber**, Präsident: Wir machen weiter. Ich übergebe zunächst das Wort an Simon Zimmermann für eine Mitteilung.

---

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich bin mittlerweile elf Jahre im Einwohnerrat. Es ist morgen die letzte Einwohnerratssitzung, bei der ich mitwirke. Andersherum gesagt: Ich werde mich per 30. Juni aus dem Einwohnerrat verabschieden, dies hauptsächlich aus familiären Gründen. Ich bin seit Dezember «alleinerziehender Papi», und da braucht es anderweitig meine Unterstützung bei der Tochter, und die Familie geht vor. Es kann sein, das ich vielleicht später wieder einmal hier drinsitze und weitermache, aber momentan sicher nicht. Ich möchte mich bedanken beim Fraktionspräsidenten, oder ich muss ja eher fast sagen: beim ehemaligen Fraktionspräsidenten für die tolle Zusammenarbeit, die wir hatten. Dank auch an die Kommission für Bau und Umwelt. Es war eine tolle Zeit. Andreas Bärtsch möchte ich noch schnell mitgeben, dass man dann noch einen neuen Vertreter für den Bauausschuss Hegenheimermattweg bestimmen muss.

[Applaus]

## INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich kann gerade an das Thema Hegenheimermattweg anschliessen. Es findet am 25. Juni um 19 Uhr im Auditorium der Actelion eine Information statt. Sie ist hauptsächlich für die dortigen Gewerbetreibenden gedacht, aber selbstverständlich sind alle eingeladen, ebenfalls zu kommen.

Eine zweite Information: Morgen Vormittag um 11 Uhr gibt es eine Medienmitteilung des Kantons Basel-Stadt zusammen mit Basel-Stadt und französischen Vertretern sowie Vertretern der Gemeinde Allschwil zum Projekt Zubringer Bachgraben Allschwil «ZuBa».

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 20.03.2019, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2019, betreffend der Jahresrechnung 2018

Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4430 / A

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich begrüsse Sie alle recht herzlich zur Präsentation der Rechnung. Sie ist wie folgt gegliedert: In einem ersten Schritt werde ich das Ergebnis der Erfolgsrechnung inklusive Abweichungen zum Budget erläutern. In einem zweiten Schritt werde ich das Ergebnis der Investitionsrechnung inklusive Abweichungen zum Budget erläutern. In einem dritten Schritt werde ich kurz etwas zu den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen sagen. Und in einem letzten Schritt werde ich ein Fazit ziehen.

Die Gemeinde Allschwil schliesst das Geschäftsjahr 2018 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 384'656 ab. Dieses Ergebnis berücksichtigt die freiwillige Bildung einer Vorfinanzierung für die Sanierung des Schulzentrums Neuallschwil im Umfang von CHF 4.5 Mio. Ohne diese Vorfinanzierung hätte die Jahresrechnung 2018 mit einem Gewinn von CHF 4.9 Mio. abgeschlossen. Das ist ein um CHF 7.3 Mio. besseres Ergebnis als budgetiert. Die sehr erfreuliche Abweichung gegenüber dem Budget ist im Wesentlichen in Mehrerträgen bei den Steuern sowie Minderkosten im Sozialbereich begründet.

Zudem sind im Berichtsjahr zwei wesentliche nicht budgetierte Sondereffekte zu nennen.

Erstens: Gemäss Anweisung der Finanz- und Kirchendirektion mussten die bestehenden Rückstellungen für Deckungslücken des Vorsorgewerks der Lehrer wieder erhöht werden, dies aufgrund der schlechten Performance dieses Vorsorgewerks und der folglich prognostizierten Unterdeckung von etwa CHF 300 Mio. Das beeinflusst die Rechnung 2018 im Umfang von CHF 2.3 Mio. negativ.

Zweitens: Aufgrund des Volksentscheids vom 4. März 2018 zur sogenannten Fairness-Initiative wurde der Kanton Basel-Landschaft dazu verpflichtet, weitere Kompensationsleistungen an die Gemeinden auszahlungen. Durch die gute Liquiditätssituation des Kantons ist die Zahlung bereits im 2018 erfolgt. Das hat die Rechnung der Gemeinde Allschwil im Umfang von CHF 2.2 Mio. positiv beeinflusst.

Die beiden vorstehend genannten Sondereffekte heben sich also gegenseitig auf.

---

Betrachtet man die Kostenseite der Rechnung 2018 und klammert man dabei die vorstehend genannten Sondereffekte aus – nämlich Vorfinanzierung CHF 4.5 Mio. und Erhöhung der Pensionskassenrückstellung CHF 2.3 Mio. –, so weist die Rechnung total Aufwendungen von CHF 103.8 Mio. gegenüber Budget von CHF 103.7 Mio. aus. Das ist beinahe eine Punktlandung.

Auf der Ertragsseite sind nebens den bereits erwähnten Kompensationsleistungen aus der Fairness-Initiative vor allem die Fiskal-, bzw. Steuererträge wesentlich höher ausgefallen als budgetiert. Die Steuererträge des laufenden Jahres 2018 sind mit CHF 74.7 Mio. um CHF 2.5 Mio. höher als budgetiert. Grund für die Mehrerträge sind die positiven Gewinnerwartungen bei den juristischen Personen. Die Steuererträge aus den Vorjahren tragen zu einem noch wesentlicheren Teil zu den Mehrsteuererträgen bei. Aus heutiger Sicht waren die Schätzungen aus den letzten Steuerabschlüssen zu tief. Draus resultieren nicht budgetierte Vorjahres-Steuererträge von CHF 5.4 Mio. Hiervon entfallen CHF 4.8 Mio. auf Steuererträge von natürlichen Personen und CHF 0.5 Mio. auf Steuererträge von juristischen Personen. Details zu all diesen Abweichungen können Sie in den Erläuterungen ab S. 95 nachlesen.

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2018 belaufen sich auf CHF 5'103'077. Das ist CHF 2.5 Mio. unter Budget. Die grössten Abweichungen resultieren aus folgenden Investitionsprojekten.

Bei den Gemeindestrassen/Werkhof ist einmal der Hegenheimermattweg zu nennen. Als erste Etappe zur Korrektur und Umgestaltung des Hegenheimermattwegs wurde der Abschnitt Kantonsgrenze Basel-Stadt bis Lachenstrasse gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt in Angriff genommen. Die Baumeisterarbeiten wurden Ende 2018 vergeben, Baubeginn war der 14. Januar 2019.

Strassensanierungen 2017/2018: Es wurden diverse Strassensanierungsarbeiten innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebiets (Saturnstrasse, Am Grubenrand, Muesmattweg) durchgeführt. Ein Teil der Wald- und Feldwege, die altershalber Schäden aufwiesen, wurden instand gestellt. Mit der Eingabe der Überbauung des Sturzeneggerareals wurde auf die Sanierung der Spitzwaldstrasse, Teilstrecke Binnigerstrasse bis Steinbühlweg, verzichtet.

Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, Kanalsanierungen und -erweiterungen 2017/2018: Infolge diverser Verzögerungen mussten die vorgesehenen Hauptkanalsanierungen Obertorweg, Schönenbuchstrasse, Wirtgartenweg und eines Teils der Spitzwaldstrasse sowie die Realisierung des Anschlusses «Unter der Strenge» auf die Folgejahre verschoben werden.

Museen und Kulturförderung: Hier ist zu nennen die Neukonzeption und Realisierung des Heimatmuseums. Die Phase 1, Bedarfsanalyse und Betriebskonzept zum Projekt «Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum» unter der Leitung des Bereichs Bildung – Erziehung – Kultur, ist noch nicht abgeschlossen. Es zeigte sich, dass das Einbeziehen von betroffenen Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen, von Bevölkerung und Vertreterinnen und Vertretern aus KMU und Politik unerlässlich und wertvoll für das Projekt ist. Aus diesem Grund wird mit externer Unterstützung in einem mehrstufigen Workshop-Verfahren ein «Echoraum Heimatmuseum» durchgeführt. Erst danach kann die bauliche Planung ausgearbeitet werden.

Schulliegenschaften, Schulhaus Bettenacker – Rückbauarbeiten: Die Rückbauarbeiten der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage Bettenacker konnte fachgerecht und ohne Komplikationen durchgeführt werden. Aufgrund der Witterung werden die abschliessenden Umgebungsgestaltungsarbeiten 2019 ausgeführt.

Wasserversorgung: Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung schliesst per Ende 2018 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'032'065 ab. Damit liegt das Ergebnis um CHF 180'885 über Budget. Das ist, neben den leicht erhöhten Erträgen von ca. CHF 31'000, darin begründet, dass geringere Kosten für die Neuerstellung und Reparatur von Hauszuleitungen und Wassermessern entstanden, bzw. dass weniger Schieber und Hydranten revidiert werden mussten. Das Eigenkapital dieser Spezialfinanzierung erhöht sich per 31.12.2018 somit auf CHF 8.7 Mio. Da die Wasserkasse überfinanziert ist, bzw. mehr Kapital hat, als sie benötigt, hat der Einwohnerrat ab 2019 die mengenabhängige Wassergebühr auf CHF 1.10 pro Kubikmeter gesenkt. Im Jahr 2018 wurden in der Wasserkasse Investitionen im Umfang von CHF 1'412'950 getätigt. Unter Berücksichtigung der Anschlussbeiträge von CHF 497'000 resultieren daraus Nettoinvestitionen von CHF 915'912. Per Ende 2018 beträgt der Saldo des Verwaltungsvermögens der Wasserkasse neu CHF 4.9 Mio.

Abwasserbeseitigung: Die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung hatte im 2018 einen Ertragsüberschuss von CHF 75'809 erwirtschaftet. Das ist ein um CHF 65'209 besseres Ergebnis als budgetiert. Die

---

Abweichung liegt innerhalb der normalen Budgetabweichung. Damit erhöht sich das Eigenkapital der Abwasserkasse per 31.12.2018 auf CHF 8.3 Mio. Im Jahr 2018 belaufen sich die Bruttoinvestitionssummen der Abwasserkasse auf CHF 467'310. Die Anschlussbeiträge betragen CHF 999'743, daraus resultieren Nettoinvestitionen von CHF – 532'432. Das Verwaltungsvermögen der Abwasserbeseitigung beträgt per Ende 2018 CHF 3.4 Mio.

Abfallbeseitigung: Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung schliesst die Rechnung 2018 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 207'850 ab. Das Ergebnis fällt somit um CHF 4'297 schlechter aus als budgetiert. Auch da haben wir also eine Punktlandung. Defizite in der Abfallbeseitigung sind gewollt, und die umfangreichen Gebührenreduktionen dienen dazu, die aktuell bestehende Überfinanzierung abzubauen. Das Eigenkapital der Spezialfinanzierung reduziert sich somit per Ende 2018 auf CHF 2.9 Mio. Im Jahr 2018 wurde keine Investitionen in der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung getätigt. Das Verwaltungsvermögen der Abfallbeseitigung beträgt per Ende 2018 CHF 268'620.

Fazit: Die Gemeinde Allschwil steht per Jahresende besser da als im Budget 2018 erwartet. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2018 rund CHF 14.5 Mio., und das ohne Vorfinanzierungen und Fonds. Somit ist ein Polster für die Herausforderungen der bevorstehenden Jahre vorhanden. Und es stehen grosse Herausforderungen vor der Türe. Allschwil hat überdurchschnittlich hohe Steuererträge von juristischen Personen. Bei juristischen Personen können die Steuererträge von Jahr zu Jahr aufgrund der Ergebnisse stark schwanken. Zudem werden aufgrund der bevorstehenden Anpassungen beim Steuersystem wesentliche Mindererträge erwartet. Das Kostenwachstum im Bildungsbereich wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Die aktuelle Schulraumplanung geht von einem weiteren starken Wachstum und einem damit verbundenen Kostenanstieg aus, sowohl bei der Schule als auch bei der schulergänzenden Betreuung. Auch im Gesundheitsbereich werden die Kosten in den nächsten Jahren aus demografischen Gründen weiter steigen. Es ist unklar, wie sich die Kostenentwicklung im Bereich der Sozialhilfe in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Aufgrund des Bevölkerungswachstums und einer sich abzeichnenden Urbanisierung der Gemeinde Allschwil ist von einem weiteren Kostenanstieg auszugehen. Ebenso wird im Personalbereich aufgrund des Wachstums der Bevölkerung ein gewisses Kostenwachstum unumgänglich sein. Ein mittel- und langfristig ausgeglichener Finanzhaushalt steht unverändert im Zentrum der Finanzpolitik des Gemeinderats.

Damit möchte ich meine Ausführungen schliessen und stehe Ihnen für Fragen gern zur Verfügung.

**Marc Aellen**, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FIREKO): Ich versuche es mit weniger Zahlung und etwas mehr Betrachtung der Wertigkeit. Die vorliegende Rechnung ist sehr gut geführt. Unsere Verwaltung macht eine gute Arbeit. Die Konten sind sauber geführt, es wird richtig verrechnet, und ich stelle dann halt fest, dass bei den Ausgaben etwa 400 Konten unter Budget geblieben sind – das hat zu Einsparungen von CHF 5.6 Mio. geführt – und dass knapp 300 Konten über Budget waren – was zu Mehrausgaben von CHF 12.5 Mio. geführt hat. Wir sehen also, die Tendenz ist, man versucht zu sparen. Wir haben die grossen Brocken gesehen, die die CHF 12 Millionen erklären. Es wird gut umgegangen mit dem Geld. Es wird gespart.

Bei den Einnahmen sieht es dann umgekehrt aus. 62 Konten haben CHF 3.2 Mio. weniger Einnahmen gemacht; 85 Konten haben CHF 12.9 Mio. Mehreinnahmen gebracht. Wem steht das zu? Das ist immer schwierig zu sagen – die unvorhergesehenen Einnahmen, die aus Steuern resultieren, sowie auch andere Gegebenheiten, die zu einem schönen Resultat führen. So weit, so gut.

Wir haben uns aber nicht nur das angeschaut, sondern wir haben auch angeschaut, wie mit der Mehrwertsteuer umgegangen wird. Da haben wir gesehen, dass die Gemeinde das sehr gut im Griff hat. Die Mehrwertsteuer ist nicht immer ein sehr einfaches Thema, vor allem, wenn man ab und zu die kritische Grenze überschreitet. Auch da haben wir sehr wenige Abweichungen gefunden.

Wir haben uns auch angeschaut, wie das Schulhausprojekt finanziell geführt wurde. Auch dort müssen wir sagen, dass von den Ausführungen der Verwaltung her eigentlich alles sehr gut gelaufen ist. Die Auflagen der Finanzbedingungen wurden erfüllt und das Geschäft wurde wirklich in gute Hände abgelegt. Was wir dort einzig bemängeln würden – oder wünschen würden, dass es in Zukunft vielleicht nicht so gemacht wird – ist der Steuerungsausschuss, also die Gruppierung, die es geleitet hat. Er wurde mehrheitlich von Gemeinderäten geleitet. Der Gemeinderat kann somit in diesem Bauprojekt seine eigene Meinung vorab durchsetzen. Das hat in diesem speziellen Fall keine negativen Auswirkungen gehabt. Man weiss von vielen anderen Gemeinden, dass es nicht die ideale Zusammensetzung ist, wenn die politische Meinung die baurechtliche überstimmen kann.

---

Jetzt kommen wir zum anderen Teil, der offensichtlich nicht so klappt, aus was für Gründen auch immer. Man könnte ihn grossräumig umschreiben mit «Zukunftsplanung». Im Bauprojekt hat man sehr schön gesehen: Die Finanzierung wurde minutiös geplant – und ganz anders umgesetzt. Wir haben von Liegenschaftsverkäufen geredet, wir haben von Schuldenrücklagen geredet, und all diese Dinge sind ganz anders ausgefallen. Wir hatten den Segen, dass wir mehr Steuereinnahmen als wir geplant hatten, und somit wurden dann die ganzen Werke anders ausgelegt.

Ähnlich sehen wir die Sache bei den Investitionen. Dort ist das Verhältnis von nicht ausgeschöpften Budgetbeträgen noch viel grösser. Wir haben vorhin auch gehört, verschiedenste Projekte mussten aus Koordinationsgründen hinausgeschoben werden. Wie man so schön sagt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben – also diese Kosten kommen. Wir haben seitens FIREKO Befürchtungen – können sie aber noch nicht belegen – dass wir in einen Investitionsstau geraten könnten. Was uns sicher hilft, ist, dass wir gute Jahre hatten, in denen wir Vorfinanzierungen für die Schulhäuser machen konnten. Wir haben gehört, das wir garantiert ein Kostenpunkt werden. Aber ich denke, es gibt auch noch andere Gebiete, bei denen die Verschleppung eventuell nicht zu einer Verbilligung der Projekte führen wird, sondern unter anderem zu einer Verteuerung.

Wir haben uns auch nochmals für die Steuerabgrenzung interessiert. Das ist ja ein Thema, das immer wieder kommt, und wo man dann sagt: Wir machen sowieso immer positive Zahlen. Im Bericht sind die Zahlen genau aufgelistet, was man anno dazumal abgeschrieben hat und was man effektiv eingenommen hat. Wir sehen in der Tat, dass wir chronisch konservativ geschätzt haben, was zu dem überaus guten Nebeneffekt führt, dass man am Schluss auch noch ein bisschen mehr Geld hereinbekommt. Das hat natürlich auch gewisse Nachteile, weil man es früher oder später auch beim Finanzausgleich berücksichtigen muss. Tatsache aber ist, und die FIREKO unterstützt das, dass man weiterhin eher konservativ schätzen sollte. Denn je mehr Geld wir uns selber auf einer Schätzbasis zugestehen, umso mehr werden wir dann auch wieder ausgeben wollen. Und wir haben über die anderen Jahre auch immer wieder gesehen, dass die effektiven Ausgaben immer wesentlich über den geplanten Ausgaben waren. Netterweise waren auch die effektiven Einnahmen immer höher. Von daher denke ich, ist der konservative Approach durchaus angebracht.

Das wären die wesentlichen Punkte, die wir anführen wollten. Wir haben, wiederum von der Planung her, noch einen weiteren Punkt, der mit der Schulraumplanung zusammenhängt und mit unseren Liegenschaften. Dadurch, dass wir sagten, wir wollten sie verkaufen, waren wir vielleicht nicht ganz so gut darin, sie zu nutzen. Insbesondere liegen das Schulhaus Gartenstrasse und die Villa Guggenheim auf dem Tablett. Das haben wir ja auch schon diskutiert hier drin. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn man solche Liegenschaften nutzen würde, damit sie auch Geld bringen können und nicht leer herumstehen. Von daher regt die FIREKO an, dass man die zwei Objekte insbesondere bei der Schulraumplanung in mögliche Ressorts aufnimmt.

Damit schliesse ich, nochmals mit einem Dank an die Verwaltung, dass sie sich so gut ums Geld kümmert und auch die Projekte gut führt. Und ich freue mich auf die nachfolgende Diskussion.

#### *Allgemeine Beratung*

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich mache es kurz. Die SP-Fraktion anerkennt die saubere Rechnungsführung und bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie dem Gemeinderat für die Arbeit. Wir stellen jedoch fest, dass die tatsächlich getätigten Projekte im Bereich der Investitionen sich nur ungenügend decken mit der Absichtserklärung, die wir im Budget 2018 abgegeben hatten. Einen drohenden Investitionsstau, wie vorhin gehört, gilt es unbedingt zu vermeiden. Wenn Allschwil weiterwachsen soll, unabhängig davon, ob das Wachstum im Bereich Industrie oder Wohnen oder einer Mischung daraus erfolgt, so sind damit sicher neue Investitionen verbunden, und wahrscheinlich auch neue zusätzliche Steuereinnahmen. Und die Steuereinnahmen, die zum wiederholten Male höher sind als angenommen, verpflichten uns zusätzlich, unsere Aufgaben als öffentliche Hand so umzusetzen, wie wir sie jeweils im Budget in Aussicht stellen. Mit anderen Worten: Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind ihrer Pflicht weitestgehend nachgekommen. Wir sollten unsere Verpflichtungen nicht aus den Augen verlieren.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Auch unsererseits vielen Dank an die Verwaltung für die Rechnung, und auch vielen Dank an die FIREKO für den Bericht. Auch diese Rechnung zeigt, dass der Grat doch sehr schmal ist. Die Gemeinde kann schnell und unerwartet in die falsche Richtung kippen, sei es zum Beispiel mit der Steuerreform oder mit den Investitionen. Der Handlungsspielraum ist nicht sehr gross, die Ausgaben sollten wohl bedacht und doppelt überprüft werden. Gern genehmigt die SVP-Fraktion die Rechnung 2018.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion stellt fest, dass gute Arbeit geleistet wurde in der Verwaltung. Wir wurden durch eine gute Präsentation seitens des Gemeinderats überzeugt sowie durch die anregende Beurteilung durch den Präsidenten der FIREKO. Der konservative Teil ist gut, wenn es aufgeht und nicht Lücken entstehen. Aber ein kleines Fragezeichen verbinden wir damit. Was natürlich schön ist, ist, dass die Rechnung aufgeht. Das ist zum Teil Können, aber ein wenig auch immer Glückssache.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Auch wir von der FDP genehmigen natürlich diese Rechnung, weil sie gut gemacht ist. Dank an alle, die daran gearbeitet haben. Wir wollen aber auch einen speziellen Dank ausdrücken an die FIREKO; denn dieser Bericht ist wirklich sackstark geschrieben. Der generiert einen Mehrwert, es ist nicht einfach eine Wiederholung dessen, was in der Rechnung steht. Daran hatten wir unglaublich Freude. Hut ab, weiter so!

**Christian Kellermann**, CVP-Fraktion: Auch die CVP verdankt diesen tollen Bericht und auch die tollen Zahlen. Nicht zu verkennen sind natürlich auch die tiefen Zinssätze, die wir momentan haben, und die das Ergebnis beschönigen. Wir haben aber noch eine Frage, resp. einen Hinweis. Dass die Wasserkasse im deutlichen Plus ist, lässt doch darauf schliessen, dass der Wasserverbrauch hier in Allschwil entsprechend hoch ist. Nichtsdestotrotz müsste man ein Augenmerk darauflegen, dass man mit diesem Gut sparsam umgehen sollte. Wenn man die Gebühren senkt, würde man den Verbrauch eher fördern. Wir sind gespannt auch auf das neue Jahr und ob wir dort die Zahlen in ähnlicher Weise entgegennehmen können.

**Florian Spiegel**, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft.

#### *Detailberatung*

**Markus Gruber**, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen. Der zweite Vizepräsident führt jetzt durch die Abschnitte.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Normalerweise lässt die SP-Fraktion ihre Verständnisfragen bilateral der Verwaltung zukommen, um kleinere Dinge zu klären und dann in der Detailberatung zügiger vorwärts zu kommen. Aber aufgrund einiger politischer Vorgänge ausserhalb dieses Ratsbetriebes, im Vorfeld der Juni-Sitzung, ist mir das leider durch die Lappen gegangen. Ich bitte also um Nachsicht, wenn von unserer Seite vielleicht doch die eine oder andere banale Frage zu einem Geschäft aufkommt. Ich bitte selbstverständlich auch den Gemeinderat um Entschuldigung für diese Misere, weil er unsere Fragen nicht vorher zugestellt bekommen hat.

**Christian Kellermann**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Abschnitte auf.

#### Erfolgsrechnung

##### 0 Allgemeine Verwaltung, S. 27-29

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Manchmal kann ich auch schmunzeln, wenn ich Zahlen anschau. Ich habe hier aber wirklich eine ganz kleine Zahl mit einer grossen Frage. Unter «Legislative», Nr. 0110 3053, «Unfallversicherungen» - ich habe mir überlegt, wo ist die verdeckte Schwelle, über die ich fallen könnte. Es ist so eine kleine Zahl, aber so absurd. Kann mir das jemand erklären?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Wir schauen es an und finden es heraus.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich stelle eine Frage, die dann für all diese Positionen gilt. Es geht um die Honorare der externen Berater, Gutachter und Fachexperten. Die FDP-Fraktion hat bei der Detailanalyse festgestellt, dass wir hier über alle diese Positionen eine Abweichung der Rechnung 2018 zum Budget von CHF 132'000 haben, und eine Abweichung zur Rechnung 2017 von CHF 246'000. Wenn wir die Positionen über die ganze Abrechnung zusammenziehen, dann sind wir bei einer Summe von CHF 447'000. Bei den Zahlen handelt es sich um Grössenordnungen. Aber man kann klar die Tendenz feststellen, dass gegenüber der Rechnung 2017 55 % mehr ausgegeben wurde, und gegenüber dem Budget 2018 30 % mehr für externe Berater, Gutachter und Fachexperten. Als Freisinniger habe ich natürlich nichts dagegen, wenn man die Privatwirtschaft in den Verwaltungsbetrieb einbindet. Das ist ganz

---

in meinem Sinn. Aber wogegen ich als Einwohnerrat etwas habe, ist, wenn man es nicht richtig budgetiert. Darum die Bitte der FDP an den Gemeinderat, diese Positionen kritisch zu hinterfragen und im kommenden Budget richtig abzubilden.

**Jean-Jaques Winter**, SP-Fraktion: Ich gehe zur Exekutive. Da habe ich auch eine Zahl gefunden, zu der ich gern eine Antwort hätte. Bei «Weiterbildung», die unterste Linie CHF 5'000, Loch '17, Loch '18. Das sind die MitarbeiterInnen des Gemeinderats, nehme ich an, der dritte Stock. Warum wird hier etwas budgetiert, obwohl es zweimal gar nicht gebraucht wurde? Ich weiss, wir haben ganz tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort. Aber vielleicht könnte man es kurz erklären.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Hier handelt es sich um den Gemeinderat selber. Das Konto heisst halt einfach «Aus- und Weiterbildung des Personals». Wir gehören ein Stückweit auch zum Personal, und wir nehmen deine Anregung gern auf. Ich denke, dass auch der Gemeinderat sich weiterbilden könnte, tatsächlich. Man hatte ja CHF 5'000 im Budget. Es war also nicht so, dass man nichts machen wollte, aber es ist nicht so weit gekommen.

**Jean-Jaques Winter**, SP-Fraktion: Ich hatte mich einfach nicht getraut, euch als «Personal» anzurenden ...

#### 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 29-34

keine Wortmeldung

#### 2 Bildung, S. 34-40

keine Wortmeldung

#### 3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 40-44

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Auf S. 41, Konto 3113 3101, Betriebs-, Verbrauchsmaterial, ist beim Aufwand die Zahl CHF -45.00 zu finden. Ist das ein Tastaturausrutscher, oder wie ist diese Zahl sonst zustande gekommen?

**Jesse van Rijswijk**, Leiter Bereich Steuern – Finanzen: Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist das eine Frage, die die FIREKO auch gestellt hat im Rahmen der Prüfung. Das ist eine Buchung, die aus der Lohnbuchhaltung herauskommt, und zwar werden gewisse Mitarbeiter, vor allem Reinigungskräfte, wenn sie Handtücher mit nach Hause nehmen und dort waschen, dafür vergütet. Das ist die einzige Lohnart, die auf diese Kostenart läuft. Es hat dort, wohl im März, eine Rückbuchung gegeben, wodurch es dort zu einem Ertrag geführt hat. Wir sind diesen CHF 45.00 nicht genauer nachgegangen, aber grundsätzlich geht es um diese Kostenart aus der Lohnbuchhaltung, die dort eine Korrektur erfahren hat – einmalig in dieser Kombination. Aber im Detail kann ich nicht sagen, warum es diesen Ertrag von CHF 45.00 gegeben hat.

Wenn ich gerade noch anschliessen darf bezüglich der Frage wegen der CHF 3.00 für Unfallversicherung. Ich habe kurz im «Abakus» nachgeschaut und festgestellt, dass es sich um eine reine UVG-Prämie als der Lohnbuchhaltung handelt, die dort gebucht wurde. Ich müsste in der Lohnbuchhaltung nachschauen, aufgrund welcher Vergütungen das geschehen ist, das kann ich hier nicht sehen.

#### 4 Gesundheit, S. 44-46

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Eine Frage zu S. 45, Konto 4310.3636, «Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Dort sind CHF 13'000 budgetiert, aber nur ein Bruchteil ausgegeben worden. Hingegen sieht man in der Rechnung 2017, dass der Budgetbetrag genutzt wurde. Hat man da eine Änderung in der Präventionsarbeit vorgenommen, oder hat man andere Organisationen berücksichtigt, oder ist etwas im Umbruch?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Wir klären das ab.



---

**Jesse van Rijswijk**, Leiter Bereich Steuern – Finanzen: Vielleicht kann ich es gerade beantworten. Auch diese Frage wurde schon von der FIREKO gestellt. Auf diesem Konto werden Kosten verbucht, die bei Projekten entstehen, die von der Kinder- und Jugendkommission gefördert werden. Im Berichtsjahr hatte die Kommission weniger Unterstützungsanträge als erwartet. Zudem sind aufgrund von Vakanzen innerhalb dieser Funktion weniger Präventionsanlässe durchgeführt worden. Das ist der Grund, warum das Budget nicht ausgeschöpft werden konnte.

#### 5 Soziale Sicherheit, S. 46-50

keine Wortmeldung

#### 6 Verkehr, S. 50-52

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich möchte an dieser Stelle etwas erwähnen, was nachher zum Votum zur Investitionsrechnung gehört, und zwar die Position 6150.3131, «Planungen und Projektierungen Dritter». Dort hatte es in der Rechnung CHF 14'000, budgetiert waren CHF 70'000, und die Begründung des Gemeinderats ist: «Infolge der Auslastung durch prioritäre andere Projekte konnten die budgetierten Vorhaben nicht wie vorgesehen ausgelöst werden.» Ich werde darauf noch eingehen. Dies geht auf immer wieder zurückgestellte Investitionen, die man jedoch ausführen müsste, zurück.

#### 7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 52-57

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Eine Frage zu Konto 7101.3199, «Übriger Betriebsaufwand». Die gleiche Position kommt auch bei anderen Themen vor. Auf S. 21 bei der Artengliederung ist das über das ganze Budget aufgeführt; man sieht dort, dass CHF 100'000 budgetiert wurden und CHF 280'000 ausgegeben wurden. Letzteres ist etwa deckungsgleich mit dem Betrag aus der vorherigen Rechnung. Dennoch wurden nur CHF 100'000 budgetiert. Im Abschnitt «Umweltschutz und Raumordnung» handelt es sich um insgesamt vier Positionen; nicht eine dieser Positionen hatte ein Budget erhalten, aber es wurden doch fast CHF 15'000 ausgegeben. Gibt es dafür eine Erklärung?

**Jesse van Rijswijk**, Leiter Bereich Steuern – Finanzen: Wir müssen das zuerst schnell anschauen.

#### 8 Volkswirtschaft, S. 57-59

keine Wortmeldung

#### 9 Finanzen und Steuern, S. 59-61

keine Wortmeldung

#### Investitionsrechnung

#### 0 Allgemeine Verwaltung, S. 64

keine Wortmeldung

#### 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 64

keine Wortmeldung

#### 2 Bildung, S. 64-65

keine Wortmeldung

---

**3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 65**

keine Wortmeldung

**4 Gesundheit, S. 65-66**

keine Wortmeldung

**6 Verkehr, S. 66**

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich möchte nochmals auf den Investitionsstau zurückkommen, den auch die FIREKO angemahnt hat. Dies ist die dritte Rechnung, die ich im Einwohnerrat anschau. Ich habe im Jahr 2016 schon darauf hingewiesen, dass das Budget im Unterhalt von Strassen und Verkehr nur zu 70 % ausgeschöpft wurden und dass deshalb damit zu rechnen sei, dass Strassen nicht ordentlich unterhalten werden. Damals hiess es schon, das sei ebenso. Ich habe dies das erste Mal geschluckt. Dann waren 2017 erneut Budgets nicht ausgeschöpft, Zitat: «Ich bitte darum, dass man versucht, die Planungen durchzuziehen. Jede Planung, die gestoppt oder verfragt werden muss, kostet auch wieder Geld. Man steht eines Tages vor einem grossen Berg.» Damals sagte Herr Vogt: «Natürlich ist es nicht unser Ziel, diese Arbeiten nach hinten zu schieben. Wir sind bemüht, die Arbeiten auszuführen», und weiter dann: «Ein Rückstau ist sicher nicht im Interesse der Gemeinde.» Es sind auch andere Investitionen nicht gemacht worden, zum Beispiel Strassensanierungen, wo CHF 610'000 budgetiert, aber nur CHF 219'000 ausgegeben wurden. Dazu sagte ich: «Man muss aufpassen, wie viel man da vor sich herschiebt.» Darauf hiess es wieder: «Wie Sie wissen, hatten wir relativ viele Vakanzen in der Abteilung Tiefbau. Diese konnte man unterdessen besetzen.» Und erneut hiess dann, es werde jetzt bessern. Jetzt haben wir in der Investitionsrechnung bei Ziff. 6150.510.17 die Strassensanierungen. Da musste man wieder irgendein Projekt zurückstellen und das Budget wurde erneut zu einem Drittel nicht ausgeschöpft. Das sind wieder CHF 350'000, die nicht ausgegeben wurden. Und für die Strassensanierung 2020 hat man den Betrag von CHF 1.02 Mio. auf CHF 1.57 Mio. erhöht. Ich weiss einfach nicht, wie ihr dieses Geld – mit den Ressourcen, die ihr auf der Gemeinde habt, und wenn ihr so weitermacht wie bisher – ausgeben wollt. Und wenn man das Gesamte anschaut beim Verkehr, dann hat man Kredit im Umfang von CHF 19 Mio., und der nicht ausgeschöpfte Betrag macht CHF 17 Mio. aus. Klar, darin ist der Heggenheimerweg mit CHF 11 Mio. noch enthalten. Aber es ist einfach so, dass in jedem Budget Sachen nicht ausgeführt und zurückgestellt werden, und das wird uns irgendwann einfach einholen. Ich möchte darum noch einmal darauf hinweisen, wie es auch die FIREKO schon getan hat, dass wir vom Gemeinderat eine Antwort brauchen, wie er in Zukunft gewährleisten will, dass die Investitionen für Unterhalt sauber und zeitgerecht durchgeführt werden können.

**7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 66-67**

keine Wortmeldung

**Markus Gruber**, Präsident: Es liegen keine Wortmeldung mehr vor. Ich gebe noch das Wort zur Beantwortung zweier Fragen.

**Jesse van Rijswijk**, Leiter Bereich Steuern – Finanzen: Zu Art 3199, «Übriger Betriebsaufwand»: Die Frage war, warum wird tendenziell immer CHF 100'000 budgetiert und CHF 200'000 ausgegeben. Der Grund ist auf S. 44 ersichtlich. Das Freizeithaus wird in einer separat in sich geschlossenen Buchhaltung geführt, und einmal jährlich werden die Kosten im Rahmen des Jahresabschlusses in die Jahresrechnung der Gemeinde überführt. Diese Kosten werden nie budgetiert. Das heisst, netto hat das keine Auswirkung auf das Ergebnis der Gemeinde. Aufgrund der Brutto-Verbuchungen in HRM 2 bläst dies einfach die Erfolgsrechnung auf, sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite. Für das Budget 2020 haben wir das jetzt umgestellt. Neu werden wir auch dies bereits im Budget berücksichtigen.

Die zweite Frage in diesem Zusammenhang war, worum es sich im Bereich Umwelt in der Funktion 7 handelt. Dort ist es eine Vorsteuerkürzung, die man im Rahmen der Mehrwertsteuerabrechnung vornehmen musste. Diese budgetieren wir nicht. Das sind, wenn man so will, gebundene Kosten. Aufgrund des Mehrwertsteuergesetzes müssen wir Vorsteuerkürzungen vornehmen, die eine separate Kostenart verursachen.

---

**Markus Gruber**, Präsident: Somit stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4430 A abgeschlossen sind. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, Seite 15.

**Lukas Hess**, SP-Fraktion: Ich habe noch eine kurze Frage zu S. 78, Kap. 13 Auflistung der Investitionen ins Verwaltungsvermögen, Darlehen Spitex. Dort sind unter Ausgaben 2019 CHF -20'000.00 angegeben. Ich würde gern wissen, ob von dem Darlehen etwas zurückgekommen ist.

**Jesse van Rijswijk**, Leiter Bereich Steuern – Finanzen: Das ist die jährliche Abschreibung, die auf diesem Konto gebucht wird.

#### *Abstimmung*

#### Anträge des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2018 wird genehmigt (Geschäft 4430).

**://**

Dem Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung zugestimmt.

**Jesse van Rijswijk**, Leiter Bereich Steuern – Finanzen: Ich möchte meine Aussage von gerade eben korrigieren. Bei den CHF -20'000 handelt es sich um die jährliche Amortisation, nicht um die Abschreibung.

#### *Schlussabstimmung*

**://**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

#### ***Traktandum 3***

Bericht des Gemeinderates vom 03.04.2019, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Geschäftsberichte 2018 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4431 / A

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Sie haben den Geschäftsbericht 2018, der von Behörden-seite den Bericht des Gemeinderats, des Schulrats, der Sozialhilfebehörde und des Wahlbüros umfasst, rechtzeitig und fristgerecht für die heutige Sitzung erhalten. Vom Aufbau her ist der Geschäftsbericht 2018 zu vergleichen mit demjenigen von 2017. Bereits dort hatte ich gesagt, und das sage ich jetzt nochmals, wir haben immer noch ein gewisses Verbesserungspotenzial gegen oben. Der Gemeinderat selber hat auch festgestellt, dass es an verschiedenen Orten Doppelspurigkeiten hat, also Dinge, die doppelt wiedergegeben werden, also vielleicht zum einen von einem Gemeinderat, zum anderen von den Bereichen her. Es ist klar, dass das in Zukunft besser werden muss. Aber ob es richtig ist, dass wir in Zukunft auf die Ressort- und Gemeinderats-bezogenen Berichte verzichten, wie das die GPK empfohlen hat, das möchte der Gemeinderat an dieser Stelle offenlassen. Ich sage Ihnen deutsch und deutlich, diese Empfehlung ist für uns kein Befehl, sondern, wie das Wort heisst, eine Empfehlung, ein Wunsch der GPK. Der Gemeinderat wird das sicher noch einmal anschauen. Aber Sie müssen sich bewusst sein, der Gemeinderat befindet sich nach wie vor in einem sogenannten Transformationsprozess, das darf man so sagen. Die Umstellung – strategische Leitung beim Gemeinderat, operative Arbeit bei der Verwaltung – ist noch nicht ganz durchgängig. Das war ja auch schon an anderer Stelle ein Thema, wie Sie gehört haben. Darum ist es auch so, dass am Schluss der Geschäftsbericht noch nicht ganz auf die neue Organisation ausgerichtet ist. Wichtig ist dem Gemeinderat die Erkenntnis der GPK, dass der Geschäftsbericht als Ganzes «als gelungen und zielführend für die Arbeit des Einwohnerrates betrachtet wird». Das nimmt der

---

Gemeinderat selbstverständlich mit Freude zur Kenntnis. Was dem Gemeinderat aber nicht ganz so gefallen hat, ist die Zusammenarbeit mit der GPK, und bitte erlauben Sie mir, dass ich das an dieser Stelle so sage. Es steht aus Sicht des Gemeinderats klar im Geschäftsreglement, dass der Bericht der GPK vorgängig zur Stellungnahme an die geprüften Behörden zugestellt werden muss, das heisst nicht nur an den Gemeinderat, sondern auch an das Wahlbüro oder an den Schulrat beispielsweise. Das ist leider, wie auch schon in den letzten Jahren, nicht geschehen, und darum erlaube ich mir jetzt, diese Ausführungen zu machen. Darum ist es auch nicht ganz richtig, wenn die GPK in ihrem Bericht betr. Vorgehen und Prüfungsumfang schreibt, sie habe dem Gemeinderat lediglich einen Fragenkatalog zur Beantwortung zugestellt. Es wurde vorgängig nie eine Feststellung formuliert. Und der Gemeinderat und die Verwaltung sind auch nicht zu einer Stellungnahme zu den Feststellungen der GPK eingeladen worden. An der Sitzung, an der zugegebenermassen ich und der Leiter Gemeindeverwaltung Patrick Dill anwesend waren, ging es um die vorgängig zugestellten Fragen, auf die wir antworteten; und dann wurden noch Zusatzfragen gestellt. Aber es wurden keine Feststellungen festgehalten, auf die wir uns hätten beziehen können. In diesem Sinne ist dem Geschäftsreglement in dieser Hinsicht nicht korrekt nachgelebt worden. Das richtige Vorgehen wäre gewesen, den jetzt vorliegenden Bericht vorgängig dem Gemeinderat und auch dem Schulrat vorzustellen, sodass wir unsere Stellungnahme hätten abgeben können. Denn genau dieser Bericht enthält ja die Feststellungen der GPK und unter anderem eine Empfehlung. Ich bin überzeugt, der Gemeinderat und auch der Schulrat hätten sich gern vorgängig vernehmen lassen. Ich bin auch überzeugt, dass, wenn es dazu gekommen wäre, dies zu einer qualitativen Verbesserung des Berichts der GPK geführt. Aber lassen wir es jetzt so, wie es ist. Der Bericht liegt jetzt so vor und ich bin froh, wenn wir das Ganze heute debattieren und verabschieden können. Aber ich wäre auch froh, wenn man diese Ausführungen für die weitere Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der GPK für das nächste Jahr mitnehmen könnte, sodass auch die zeitliche Planung der Zusammenarbeit verbessert werden kann. Das wäre ein Wunsch von meiner Seite, und ich denke, das wäre auch das richtige Vorgehen.

**Florian Spiegel**, Präsident der GPK: Ich gehe kurz auf den Geschäftsbericht ein. Wir haben ihn, wie letztes Jahr schon, angepasst, indem wir nicht nur die Fragen und Antworten abdrucken, sondern darauf eingehen, was wir während der Überprüfung der Geschäfte festgestellt haben, oder zum Teil auch, wie es so schön treffend heisst, beanstandet haben. Bei den Feststellungen haben wir hervorgehoben, dass wir, wie schon gesagt, darum gebeten haben, dass auch bei den Interpellationen ausgedrückt wird, welche schon beantwortet und welche noch offen sind. Dem hat man Folge geleistet zur Freude der Kommission, und dadurch ist den Ratsmitgliedern auch deutlicher ersichtlich, was noch offen und unbeantwortet ist. Betreffend Ressort Sozialhilfe und Arbeitsintegration, S. 21 des Geschäftsberichts, war die GPK der Auffassung, dass das, was dort vermittelt wird, zwar sicherlich inhaltlich korrekt ist. Aber wie der Geschäftsbericht ja schon sagt, sollte rückwirkend über die Arbeit des vergangenen Jahres berichtet werden; doch das, was wir auf jener Seite gelesen haben, ist eher Darstellung eines Ablaufprozesses. Dieser ist sicher korrekt geschildert worden. Wir würden uns dort aber wünschen, dass nächstes Jahr rückblickend berichtet wird, was in diesem Ressort an speziellen Sachen gelaufen ist.

Bei der Implementierung des Kommunikationskonzepts möchten wir darauf hinweisen, dass dieses zwar auf S. 29 als «genehmigt» genannt wird. Aber dadurch, dass es als Anhang zu einer Interpellation der SP mitgeteilt wurde, wird ein solches Konzept vom Rat weder genehmigt noch zur Kenntnis genommen, sondern es war einfach als Anhang beigefügt und wird somit nicht vom Rat behandelt.

Dann ging es generell um den Geschäftsbericht. Das ist das, was Frau Gemeindepräsidentin Nüssli angesprochen hat. Während wir letztes Jahr noch gesagt hatten, der vordere Teil sei gut aufgegleist gewesen, indem wir wirklich vom Gemeinderat andere Beiträge hatten als von der Verwaltung selber und wir keine oder nur leichte Doppelspurigkeiten hatten, haben wir dieses Jahr festgestellt, dass es jetzt, nachdem sich die neue Struktur etwas gefestigt hat, doch zum Teil Doppelspurigkeiten und Mehrfachaufzählungen hat. Da stellen wir als GPK die Frage in den Raum, wie sinnvoll es auf die Zukunft gesehen ist, dass man noch zwei Berichte schreibt, oder ob es nicht sinnvoller wäre, wenn der Gemeinderat als exekutive Gesamtbehörde einen Bericht verfasst in strategischer Auslegung mit einem Überblick auf das Geschäftsjahr, und sich die Verwaltung in ihren verschiedenen Bereichen um den Rückblick in operativer Hinsicht kümmert.

Beim Schulrat (S. 70/71) haben wir zur Kenntnis genommen, dass man im 2017 und 2018 die Zusammenarbeit hätte forcieren wollen. Das hat zweimal aus Zeitgründen nicht stattgefunden. Aus unserer Sicht wäre es schön, wenn das Versäumnis im 2019 nachgeholt werden könnte, und es wurde ja auch geschrieben, dass man das ins Auge gefasst hat. Wir gehen davon aus, dass das so stattfindet.

---

Zum Fazit des Berichts an sich: Wie schon gesagt, finden wir den Bericht an sich gelungen. Und wir haben ja auch geschrieben, dass der Bericht im Bereich der Verwaltung, nachdem diese jetzt neu aufgelegt ist, von guter Qualität, in der richtigen Sachtiefe und mit dem nötigen informativen Charakter verfasst ist. Das gefällt uns.

Nun möchte ich aber doch auch noch zu dem Stellung nehmen, worauf wir direkt angesprochen worden sind. Man kann das lang hin und her diskutieren. Die Kommission ist weiterhin der Meinung, der Ablauf der Entstehung des Arbeitspapiers sei in Ordnung. Wir haben diesbezüglich auch Rücksprache genommen mit dem Kanton, auch wegen der Äusserungen zum Bericht. Darum greife ich gerade einmal vor. Das eine betrifft den Tätigkeitsbericht, der ja wahrscheinlich auch moniert wird. Da ist die Meinung des Kantons ganz klar, dass der Tätigkeitsbericht ein Bericht über die Tätigkeit der GPK und einzig und allein der Einwohnerrat ist die Oberaufsicht und Instanzkommission der GPK. Und dieser Bericht geht unter keinen Umständen vorher zur einer Stellungnahme an den Gemeinderat. Es ist der Bericht über unsere Tätigkeit und unser Schaffen im letzten Jahr zuhanden des Einwohnerrats. So viel zum Tätigkeitsbericht, damit wir darüber nicht wieder diskutieren müssen.

Beim Bericht zum Geschäftsbericht ist es so, dass § 22 Abs. 5 des Geschäftsreglements gilt: «Sie [die GPK] hält das Ergebnis einer Prüfung jeweils in einem Bericht an den Rat fest. Anhand der Geschäfts- und Tätigkeitsberichte erstattet sie dem Rat zudem jährlich Bericht über ihre das verflossene Jahr betreffenden Feststellungen und informiert die zuständige Behörde über allfällige Beanstandungen. Die zuständige Behörde erhält vor der Ausarbeitung eines Berichts an den Rat Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei schweren Pflichtverletzungen beantragt die Geschäftsprüfungskommission der Aufsichtsinstanz die Anhebung eines Disziplinarverfahrens.» Auch dort haben wir abgeklärt, ob die Einladung aus Sicht des Kantons dem genügt, indem man sagt, dass man vor der Ausarbeitung des Berichts der Verwaltung und dem Gemeinderat die Möglichkeit zur Stellungnahme gibt. Auch da muss ich widersprechen, dass während jener Sitzung diese Punkte genannt wurden, die nachher im Bericht festgestellt wurden. Eine Feststellung müssen wir nicht melden, nur Beanstandungen müssen wir melden. Und eine Beanstandung ist ganz klar konkretisiert als eine Feststellung, die wir als negativ empfinden. Aber diese Punkte haben wir dort angesprochen.

Es gibt einen Punkt, wo man rückblickend sagen kann, dies sei etwas, das die GPK für das nächste Mal aufnehmen sollte: Wir haben die Sache mit dem Schulrat nicht in dem Sinn als Beanstandung, sondern als Feststellung betrachtet. Es war für uns nicht negativ im Sinn einer Beanstandung, sondern als Anmerkung. Dort könnte man, wenn man ganz spitz ist, sagen, die GPK hätte den Schulrat vorinformieren können, dass dies in den Bericht aufgenommen wird. Dem werden wir sicher in Zukunft nachkommen, indem wir so etwas vorgängig übermitteln. Das ist der einzige Punkt, bei dem wir sagen: Wenn wir ganz streng sind, hätten wir das übermitteln müssen. Bei allem anderen sind wir ganz klar der Meinung, dass der Bericht so, wie er verfasst wurde, vom Arbeitsablauf her korrekt ist.

### *Allgemeine Beratung*

**Markus Gruber**, Präsident: Die allgemeine Beratung ist eröffnet.

**Pascale Uccella**, Präsidentin des Schulrats Primarstufe: Ich möchte dem GPK-Präsidenten danken für die Ausführungen am Schluss. Denn wir vom Schulrat wären wirklich froh gewesen, wenn wir gewisse Sachen zusammen hätten anschauen können, bzw. wenn wir zu den Feststellungen hätten argumentieren können. Ich habe mir als Schulratspräsidentin Gedanken gemacht über die Fragen, die die GPK gestellt hat, wie zum Beispiel, an wie vielen Sitzungen die Präsidentin teilnimmt, und ob das wirklich wichtig ist in einem Bericht. Oder auch, ob sich der Schulrat Primarstufe, der Schulrat Sekundarstufe und der Schulrat Primarstufe Schönenbuchstrasse treffen oder nicht. Das ist etwas, das wir vor vier Jahren ganz neu eingeführt haben. Es tut mir leid, dass es in den letzten zwei Jahren nicht geklappt hat. Ich kann jetzt aber mitteilen, dass es dieses Jahr im Mai diese Sitzung gegeben hat und dass das immer sehr gut ankommt. Denn für uns als Schulrat Primarstufe, ob das nun Schönenbuch ist oder Allschwil, und Sekundarstufe, ist es ganz wichtig, dass wir zusammenstehen können für eine gute Schule, denn es ist eine gemeinsame Schule und am Schluss sind alle in der Oberstufe. Die Art und Weise, wie sich die GPK auf gewisse Geschäfte vorbereitet, ist manchmal sehr fragwürdig. Ich habe gerade ein Beispiel, bei dem ich für uns als Schulrat sprechen kann. Der Auftrag wäre – ich betone, wäre: Warum hat die Primarstufe Allschwil so viele Schulleiterwechsel? Wirklich gefragt wurden wir aber zu diesem Thema noch nie. Man versucht, eine Art PUK zu machen mit dem Schulrat und macht eine ganze Verwaltung verrückt und geht bis zum Amt für Volksschulen, und verlangt von uns als Schulrat, dass wir eine externe Evaluation machen. So kann ich auch eine tolle Geschichte darüber erzählen, was zwei GPK-Mitglieder im Kanton machen. Wenn ich an diese Geschichte denke, dann schäme ich mich persönlich. Und ich finde es immer

---

noch unmöglich, was wir für zwei neue Landräte bekommen in Allschwil. Am Einführungstag der neuen Landräte haben unsere zwei GPK-Mitglieder grossartig erzählt, dass sie auch in der GPK Allschwil sind. Daraufhin fragte eine Landrätin, ob es in Allschwil auch Subkommissionen gibt oder eine PUK. Unsere zwei GPK-Mitglieder fingen an zu lachen wie Kindergärtner. Das ist die Aussage jener Landrätin, die sich dann fragte, was das soll. Dann kam die Antwort: «Nein, das haben wir nicht – ausser es geht um die Schulratspräsidentin.» Daraufhin mussten sie noch einmal lachen. – Ehrlich, so etwas soll eine GPK vertreten, und so etwas soll ich ernst nehmen. Sorry, das kann ich nicht. Ich habe das gehört und habe mich geschämt für unsere GPK. Notabene, wir sind die grösste Gemeinde im Kanton. Und wenn das so im Kanton herumgeht, finde ich das eher traurig. Also wenn ich diese ganzen Hintergründe anschau, kann ich die Fragen im Bericht nicht wirklich ernst nehmen, ob das jetzt der Schulrat ist oder ob es den Gemeinderat betrifft. Und dann eben die Frage: Was macht eine GPK mit so vielen Sitzungen ohne einen Abschluss eines Geschäfts in den letzten zwei Jahren?

So möchte ich ganz klar hier drin Dankeschön sagen allen Mitgliedern des Schulrats, denn ich muss ehrlich sagen, wir hatten noch nie einen so tollen Schulrat wie momentan, der so gut zusammenarbeitet und schaut, dass er für unsere Schule Allschwil vorwärts macht. Ich möchte auch Dankeschön sagen unserer Schulleitung und unserer neuen Gesamtschulleitung wie auch der Verwaltung und den Gemeinderäten.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Was den Geschäftsbericht des Gemeinderats betrifft, kann ich mich wiederholen. Ich habe ihn schon letztes Jahr gerühmt als angenehme Weiterentwicklung; und dieses Niveau hat der Geschäftsbericht gehalten und sogar noch verbessert. Die Beurteilung der GPK finde ich gut gestaltet und mit interessanten Aussagen versehen. – Der Tätigkeitsbericht der GPK kommt ja später noch an die Reihe, oder? Gut.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Ich finde es grundsätzlich traurig, muss ich ganz ehrlich sage. Den ganzen heutigen Abend hatten wir extrem viel Paragrafengeplänkel, der eine sagt a, der andere sagt b, das stimmt nicht, Paragraf soundso sollte richtig sein. Ich finde es schade. Dafür hätten wir eigentlich einen Rechtsdienst, bei dem man so etwas vorab abklären könnte, damit wir hier nicht uns gegenseitig angreifen. Trotzdem will auch ich allen Beteiligten danken. Es ist aus meiner Sicht von allen Seiten eine gute Arbeit geleistet worden. Wir begrüssen auch die Anpassung eines Geschäfts an und für sich und wir begrüssen auch den Prozess, der dazu folgen wird.

#### *Detailberatung*

**Markus Gruber**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung. Der 2. Vizepräsident, bzw. dessen Ersatz, ruft die Abschnitte auf.

#### Einwohnerratsgeschäfte, S. 5-11

keine Wortmeldung

#### Volksbegehren, S. 12

keine Wortmeldung

#### Gemeinderat, S. 13-30

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich habe die Bemerkungen von Franz Vogt gelesen. Dort heisst es, dass der stetige Anstieg der Kosten aufseiten der Gemeinde ihm Sorge bereitet, und er schreibt dann weiter, diese werde man sich im Zuge der Steuerreform 17 nicht mehr leisten könne. Er nennt jedoch keine Massnahme oder Idee, wie man dem entgegenreten könnte. Da wäre meine Frage: Welche steigenden Ausgaben kann die Gemeinde nach der Steuerreform nicht mehr finanzieren?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich weise in diesem Bericht auf dieses Problem hin, wie ich es auch zweimal im Jahr bei meinen Präsentationen mache. Es ist eben einfach so, dass man Kosten, die einmal oben sind, schlecht wieder herunterbekommt. Je besser man auf der Kostenseite auf der Bremse stehen kann, oder anders gesagt je effizienter man die Aufgaben erbringen kann, desto leichter hat man es im darauffolgenden Budget. Wir haben jetzt die tolle Situation, dass im Nachhinein die Rechnungen immer deutlich besser sind, und dies deshalb, weil mehr Steuereinnahmen als budgetiert hereinkamen. Klar, man sagt

---

uns nach, wir würden konservativ budgetieren auf der Steuerseite. Das ist nicht in dem Sinn der Fall. Wir budgetieren sicher auch nicht extrem offensiv, das wäre nicht seriös, das ist ja klar. Aber man darf nicht vergessen, die starken Kostenanstiege, die wir in den letzten Jahren hatten – manchmal kamen sie tatsächlich auch von aussen, aber nicht nur – konnten wir nur bewältigen, weil wir deutlich mehr Steuereinnahmen hatten. Jetzt ziehen Wolken am Himmel auf. Eine davon habe ich hier genannt. Wie die Auswirkungen sind? Prophet bin ich nicht. Wir sehen das dann. Es ist einfach so: Je besser wir auf der Kosten- seite auf der Bremse stehen, desto einfacher ist es nachher, das Budget wieder ins Lot zu bringen. Das kennt jede Familie von daheim. Es ist einfach so viel Geld da, wie da ist, und mehr kann man nicht aus- geben, und man probiert dann, Abstriche zu machen, ohne dass die Kinder jedes Mal ohne *z’Nacht* ins Bett müssen. Also man plant sicher nicht wahnsinnig einschneidende Massnahmen, und schon gar nicht im Voraus. Aber man kann schauen, dass man auf der Kostenseite *bi de Lüt blibt*.

**Astrid Kaiser**, FDP-Fraktion: Auf Seite 16 des Geschäftsberichts wir auf das neue Wirtschaftsförde- rungskonzept eingegangen. Die FDP begrüsst es sehr, dass sich der Gemeinderat aktiv um unsere Un- ternehmen und um unseren Wirtschaftsstandort kümmert. Wir würden aber gern noch mehr darüber er- fahren, was für Impressionen, Feedbacks etc. von den Unternehmen zurückkamen. Wie wird das Ganze weitergeführt?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Sie konnten ja lesen, gemäss dem Wirtschaftsförderungs- konzept hat sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, die in Allschwil angesiedelten Unternehmen besser kennenzulernen und mit ihnen den Austausch aktiv zu pflegen. Das haben wir getan. Wir haben im Herbst letzten Jahres damit angefangen und konnten mittlerweile mit drei Unternehmen eine Austausch- runde pflegen. Das waren im Herbst die Jean Cron AG, anfangs 2019 die Sulzer Chemtech Ltd. und im Mai die Coop Mineralöl AG. Im August ist eine nächste Zusammenkunft mit einer weiteren Firma geplant. Diese Austauschrunden sind immer äusserst spannend, das darf ich sagen. Die Firmen freuen sich. Sie kommen gern nach Allschwil. Der Ablauf war immer etwa der gleiche. Ich bin dort anwesend, sowie Pat- rick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung, und je nachdem Jesse van Rijswijk, wenn ein finanzielles Thema interessierte, oder Adrian Landmesser, wenn es um ein bauliches Thema geht. In einem ersten Teil ha- ben wir jeweils die Gemeinde vorgestellt, mitgeteilt, wo wir heute stehen und was für aktuelle Projekte wir haben etc. In einem zweiten Teil hat dann das Unternehmen sich vorgestellt. Dann ging man gemeinsam zu Mittagessen. Es ist wie gesagt spannend, die Unternehmen so von dieser Seite kennenlernen zu dür- fen, zu erfahren, was ihre Bedürfnisse sind. Genau das ist ja das, was wichtig ist, zu wissen, welche Un- ternehmen wir hier haben und was für sie wichtig ist.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage zum Ressort Informatik. Diesbezüglich hatten wir ja schon im Fragenkatalog der GPK zum Thema E-Government nachgefragt. Darauf kam vom Gemeinderat vor allem eine Aufzählung der Applikationen, die sie haben, und dazu hiess es, die Abtei- lung Informatik habe zu allen E-Government-Lösungen, die aktuell zu diesen Kernapplikationen zur Ver- fügung stehen, Offerten eingeholt. Weiter wird ausgeführt, dass die Strategie für E-Government erst im 2021 angedacht sei. Daraufhin habe ich ein wenig gerechnet und kam zum Ergebnis, dass es unter die- sen Umständen noch vier Jahre bis zur Einführung von E-Government dauern würde. Daraus ergab sich für mich die Frage, wieso man sich dann zum heutigen Zeitpunkt schon Informatik-Applikationen offerie- ren lässt. Das ist die eine Frage. Die andere Frage: Falls von diesen Applikationen etwas eingeführt wer- den sollte, nach welchen Kriterien wird das geschehen, wenn man doch noch keine Strategie hat?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Wie du richtig gelesen hast, ist diese Leitbildmassnahme erst für das Jahr 2021 angedacht. Als wir das Leitbild entwickelten, kamen sehr viele Massnahmen zur Sprache, und jede ist ja irgendwie dringend. Man hat jetzt schon einen grossen Überhang für dieses und für das nächste Jahr. Also musste man gewisse Dinge nach hinten schieben – wie zum Beispiel diese E-Government- Strategie. Diese muss ja sauber ausgearbeitet werden, da verträgt es keine Schnellschüsse. Nichtsdes- totrotz ist es sicher wichtig, dass man vorausdenkt. Die Gemeinde Allschwil hat ja sehr viele IT-Applikati- onen, sehr viele grosse Programme wie etwa die Buchhaltung Abakus, aber auch die Website etc. Und da bin ich nicht sicher, ob wir richtig verstanden worden sind. Man hat nicht explizit Offerten für E- Government eingeholt, sondern man hat im Zuge des laufend und allgemein erforderlichen Einholens von Offerten darauf geschaut, ob die betreffenden Applikationen E-Government-kompatibel sind und was es vielleicht noch braucht, damit man zu gegebener Zeit E-Government-kompatibel ist. Ich kann euch jeden- falls beruhigen. Ohne eine Strategie werden wir sicher nicht mal da, mal dort etwas einführen, sondern das ist eine Sache, die gut durchdacht sein muss. Klar ist: E-Government wird kommen, in welcher Form auch immer. Die Digitalisierung ist auf dem Vormarsch und im Sinne des Nutzens für die Bevölkerung müssen wir hier sicher auch geschickte Lösungen anbieten.

keine Wortmeldung

Vernehmlassungen, S. 33

keine Wortmeldung

Geschäftsleitung Gemeindeverwaltung, S. 35-37

keine Wortmeldung

Bereiche, S. 39-67

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Auf Seite 57, unter «Feuerwehr», im 2. Abschnitt wird erklärt, dass der Mannschaftsbestand aus fünf Frauen und 59 Männern besteht, und dass mit dem «gut aufgestellten Kader das Ziel problemlos erreicht wurde». Wie viele Frauen sind im Kader?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich bin nicht hundertprozentig sicher, aber ich meine, es ist keine Frau im Kader. Bei denen, die der Gemeinderat wählt, war nie eine Frau dabei, soweit ich mich erinnere. Aber die Frage ist vielleicht, wie weit der Begriff «Kader» geht. Wenn du es ganz genau wissen willst, müssen wir es abklären.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Nur kurz als Erwiderung. Es geht nicht so sehr darum, dass ich das weiss oder nicht. Schön wäre es, wenn eine Frau gefördert würde, falls sie in dieses Kader gelangen möchte.

Stellenetat, S. 68

keine Wortmeldung

Allschwil in Zahlen, S. 69

keine Wortmeldung

Schulrat Kindergarten und Primarschule, S. 70-71

keine Wortmeldung

Schulrat Musikschule, S. 72-73

keine Wortmeldung

Sozialhilfebehörde, S. 74-75

keine Wortmeldung

Wahlbüro, S. 76

keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnisse, S. 77-78

keine Wortmeldung

---



Anträge, S. 79

keine Wortmeldung

**Markus Gruber**, Präsident: Ich stelle fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Somit ist die Beratung über das Geschäft 4431 abgeschlossen.

*Abstimmung*

Anträge des Gemeinderats, S. 79:

1. Der Gemeinderat beantragt, den Geschäftsbericht des Gemeinderates 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2018 der Behörden und des Wahlbüros zur Kenntnis zu nehmen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Anträge der GPK, S. 3 des GPK-Berichts:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Die Geschäftsberichte des Gemeinderates, der Schulräte, der Sozialhilfebehörde und des Wahlbüros werden zur Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme zugestimmt.

2. Vom Bericht der GPK betreffend die Prüfung der Geschäftsberichte 2018 wird Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

*Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

**Markus Gruber**, Präsident: Es ist 21.50 Uhr. Ich schliesse die heutige Sitzung...

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Die Sitzung ist zwar geschlossen. Ich bitte trotzdem noch um Aufmerksamkeit. Heute hat sich nicht nur Simon Zimmermann verabschiedet, sondern es verlässt uns eine weitere Person, die lange Jahre dabei gewesen ist. Ich rede von Semra Wagner. Sie hat, wie ihr mitbekommen habt, ihr Rücktrittsschreiben schon eingegeben, ebenfalls auf Ende Juni. Sie ist also morgen noch da. Ich möchte ihr aber trotzdem im Namen der Fraktion für die elf Jahre, während denen sie dabei war, danken. Sie hat vier Jahre der FIREKO angehört und hat dort fleissig mitgearbeitet, vier weitere Jahre in der GPK, und seit 2016 ist sie in der Sozialhilfebehörde aktiv. Dort wird sie uns weiterhin treu bleiben und ihr Bestes tun für Allschwil. Im Namen der Fraktion danke ich mit einem Blumenstrauss.

[Beifall]

---

**Markus Gruber**, Präsident: Wertsachen sollten Sie jetzt mitnehmen. Die anderen Sachen können Sie bis zur morgigen Sitzung hierlassen.

ENDE DER DIENSTAG-SITZUNG 21.50 UHR

\*

FORTSETZUNG AM MITTWOCH, 19.06.2019, 18.00 UHR

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

#### **[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Markus Gruber**, Präsident: Ich begrüsse alle zum zweiten Teil der Juni-Einwohnerratssitzung.

Zu den Mitteilungen: Frau Julia Gosteli hat per Ende Juni ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Im Namen des Einwohnerrats möchte ich Frau Gosteli ganz herzlich für ihren grossen Einsatz im Einwohnerrat danken und wünsche ihr alles Gute für die Zukunft.

**Julia Gosteli**, SP-Fraktion: Ich möchte nicht per Ende Juni zurücktreten, sondern habe es terminiert auf 10. September.

**Markus Gruber**, Präsident: Besten Dank für die Korrektur. Ich übergebe das Wort an Frau Wagner.

**Semra Wagner**, SP-Fraktion: Gestern wurde ich zu später Stunde von meiner Fraktion mit einem schönen Blumenstraus und ganz lieben Worten verabschiedet. Ich hatte dann keine Möglichkeit, mich zu bedanken. Das würde ich jetzt gerne nachholen. Ich kann auf elf meist erfreulichere Jahre intensiver Zusammenarbeit mit euch Ratsmitgliedern zurückblicken. Darum trete ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge zurück. Wir haben in den letzten Jahren viel, manchmal sogar sehr viel über Schulhäuser, Spielplätze, Wohnen im Alter, verdichtetes Bauen, Unterkellerungen, irgendwelche Bäume, sichere Strassen, Tempo 30, Fluglärm, Parkräume, diverse Konzepte und Reglemente – sehr viele Reglemente, muss ich sagen – und Strategien und natürlich über gesunde Finanzen diskutiert. Dabei habe ich sehr viel gelernt über mich selber und konnte auch sehr viel politisches Wissen sammeln. Und nach so viel Parlamentsarbeit und so vielen Diskussionen ist für mich nun der Zeitpunkt gekommen, um mir mehr Zeit für meine Familie und meinen Beruf zu nehmen. Bedanken möchte ich mich bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, bei euch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten und natürlich beim Gemeinderat für die sehr gute Zusammenarbeit. Ich wünsche euch allen weiterhin konstruktive – oder konstruktivere – Einwohnerratssitzungen, und ich werde euch durch mein Amt als Präsidentin der Sozialhilfebehörde erhalten bleiben.

*[Beifall]*

**Markus Gruber**, Präsident: Ich erkläre noch kurz den Ablauf der heutigen Sitzung. Wie angekündigt, fangen wir mit den Wahlgeschäften, Traktandum 12, an. Während die Ergebnisse der Wahlgeschäfte ausgezählt werden, werden wir in der Traktandenliste mit dem Traktandum 4 weiterfahren, sodass wir hoffentlich die Sitzung zeitlich einigermassen gut durchbringen.

01.030

Einwohnerrat

#### ***Traktandum 4***

Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend  
Tätigkeitsbericht 2018

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel, Geschäft 4468

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Somit übergebe ich das Wort dem GPK-Präsidenten Florian Spiegel.

**Florian Spiegel**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Sie haben den GPK-Tätigkeitsbericht 2018 vorliegen, den Bericht über unsere Tätigkeit im vergangenen Berichtsjahr, was die Tätigkeiten sind, die wir behandelt haben oder an denen wir noch daran sind. Letztes Jahr, im 2018, haben wir wie üblich

---

den Tätigkeitsbericht 2017 behandelt. Wir haben ihn damals zum ersten Mal abgeändert, und zwar vom sogenannten Rechenschaftsbericht und von dessen Ablauf mit Fragestellungen an den Gemeinderat, was nach Überprüfung der eigenen Prozesse eigentlich nicht genau das war, was der Tätigkeitsbericht sein sollte. Er sollte nicht eine zusätzliche Fragerunde sein mit Fragen zu Teilbereichen der Verwaltung, sondern er sollte ein Bericht sein über die Arbeit der GPK. Das hatten wir letztes Mal erstmals abgeändert, sodass der Bericht jetzt in der Form vorliegt, wie er sein sollte. Was wir auch behandelt haben, ist der Geschäftsbericht 2018, darauf möchte ich aber nicht näher eingehen, dieser ist ja als Geschäft 4369 A sowieso einsehbar.

Was wir im 2018 auch angefangen haben, aber aktuell noch am Laufen ist, ist die Prüfung betreffend Schulrat Primarschule und Kindergarten, wofür die GPK eine Subkommission gebildet hat. Diese wird präsiert von Christian Stocker Arnet. Ich bin dort aus persönlichen Gründen in den Ausstand getreten und begleite diese Subkommission nicht. Sie leistet ihre Arbeit eigenständig ohne Zutun des Präsidenten. Sie ist aber momentan noch in der Abklärung und in Arbeit. Darum gehen wir an dieser Stelle nicht näher darauf ein.

Auch im vergangenen Jahr waren wir immer noch am Thema Kanalsanierung, bei welcher wir im Geschäftsbericht 2016 Unregelmässigkeiten festgestellt hatten und dann den ganzen Abläufen nachgegangen sind. Das hat verhältnismässig viel Zeit gebraucht, weil die ganze Thematik Kanalsanierung samt den Normen und Bauvorschriften für eine Behörde, die nicht aus diesem Fachbereich kommt, nicht einfach nachzuvollziehen ist. Da muss man sich zuerst einlesen und Dinge abklären. Das haben wir getan. Dann ist es so, dass die Thematik sich auf einen längeren Zeitraum bezieht und dementsprechend viele Objekte betroffen sind. Das benötigt einfach einen grösseren Zeitaufwand. Wir sind mit der Verwaltung so weit, dass wir noch einen letzten Schwung an Abschlussfragen hatten; es beschränkt sich auf etwa fünf abschliessende Fragen. Davon ist eine einfach horrend gross, weil es um eine abschliessende Aufzählung der Objekte geht, und dort ist es schlichtweg so, dass das so viel Zeit braucht, dass bis zum heutigen Datum der Bereich Bau dem noch nicht abschliessend nachkommen konnte. Ich bin aber unterdessen sicher etwa dreimal beim zuständigen Bereichsleiter gewesen und habe mit ihm darüber geredet. Er ist sich der Brisanz des Themas bewusst und ist daran, dass er uns zeitnah dieses Jahr seine Antworten liefern kann. Das hat er uns so zugesagt. Wir verlassen uns darauf. Auch wenn das Geschäft länger geht, wissen wir, dass der Bereich Bau sowieso extrem beansprucht ist. Wir sind der Meinung, dass das ein Verfahren ist, das schon geschehen ist, dass aber aktuell die Umsetzung dort so läuft, wie sie es eigentlich tun sollte. Von dem her sind wir der Meinung, dass man dem Bereich diese Zeit für die abschliessenden Ausführungen noch zugestehen soll, sodass er nicht durch die Beantwortung unserer Fragen noch mehr zusätzlichen Aufwand bekommt.

Was wir abgeschlossen haben und was ja als nächstes Geschäft vorliegt, ist das Wahlbüro. Dieses haben wir auch über zwei Jahre begleitet. Ich gehe im diesbezüglichen Bericht näher darauf ein. Wir sind der Meinung, dass heute im Wahlbüro der Ablauf so funktioniert, wie es sein sollte und wie es von beiden Seiten gewünscht ist.

Was wir noch an Diversem hatten, das sind immer kleinere Abklärungen, die uns interessieren und die wir bearbeiten. Dieses Jahr zum Beispiel im Bereich Abfallentsorgung, wo wir Fragen zu Vertriebswegen gestellt haben. Weitere Fragen hatten wir zum Zonenplan Landschaft und zum Bundesinventar schützenswerter Objekte. Diese sind abgegeben und auf der Gemeinde deponiert. Dort erwarten wir noch Rückmeldungen oder besser gesagt die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Das ist die Arbeit, die wir im letzten Jahr gemacht haben. Es ist in der GPK eben immer sehr zeitaufwendig, weil wir uns generell immer zuerst in die betreffenden Bereiche, von denen wir zuvor keine Ahnung hatten, einarbeiten müssen, weil die GPK ja keine spezifische Kommission ist, die sich nur auf ein Thema ausrichtet, sondern die das ganze Spektrum anschaut, und weil wir ja auch darum bemüht sind, dass das, was wir abliefern, eine gewisse Qualität hat. Darum sind wir bemüht, uns mit der Materie genau auseinanderzusetzen, bevor wir ins Detail oder in Abklärungen eintreten.

So viel zum Tätigkeitsbericht der GPK. Wenn noch Fragen sind, beantworte ich diese sehr gerne.

### *Allgemeine Beratung*

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne Fraktion: Ich möchte für den Tätigkeitsbericht danken. Er ist sehr präzise, aussagekräftig und brauchbar.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob abschnittsweise Beratung gewünscht wird.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion verdankt den Bericht ebenfalls. Ich wäre aber froh, wenn er nächstes Mal ein wenig früher käme. Wir stellen fest, dass die GPK eine umfassende Analyse gemacht hat von diversen Bereichen der Gemeindeverwaltung. Das begrüßen wir grundsätzlich. Wir freuen uns auf die angekündigten Berichte, die noch in dieser Legislatur kommen werden – einen werden wir ja nachher noch behandeln – und vor allem auf den Bericht Kanalsanierung. Wir sind sehr gespannt darauf, was dort für Aussagen kommen.

Eine kleine Präzisierung hätte ich noch. Bei den Teilnehmern an der Sitzung war von unserer Seite nicht Kathrin Gürtler anwesend, sondern Manfred Jutzi.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Auch das ist nicht der Fall. Somit ist die Beratung des Geschäfts 4468 abgeschlossen.

#### *Abstimmung*

#### Anträge der GPK, S. 2

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

Vom Tätigkeitsbericht der GPK wird Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

#### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

#### ***Traktandum 5***

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.02.2019, betreffend Wahlbüro

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel, Geschäft 4457

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. – Das ist nicht der Fall.

**Florian Spiegel**, Präsident GPK: Sie haben vorliegend den Bericht der GPK über das Wahlbüro. Dieser hat uns fast über gute zwei Jahre begleitet, immer wieder, und zwar war die Ausgangslage, dass wir damals Anfang 2016 im Rechenschaftsbericht gewisse Fragen zum Wahlbüro gestellt hatten. Unter anderem enthielt jener Rechenschaftsbericht einen eigenen Bericht über das Wahlbüro. Der Bericht wurde abgegeben, und kurz darauf war das Wochenende der Gesamterneuerungswahlen, wo es zu Ungereimtheiten und Diskussionen kam. Daraufhin kam es zum Rücktritt der damaligen Wahlbüro-Präsidentin Jacqueline Misslin, und man hat dann im Juni trotzdem den Rechenschaftsbericht der GPK trotzdem so zur Kenntnis genommen und die aus der genannten Wahl resultierenden Verwirrungen nicht mehr einfließen lassen, weil der Bericht schon abgeschlossen war. Man wollte einen Bericht, der schon abgeschlossen war, nicht wiedereröffnen, nur weil sich nachträglich etwas ereignet hatte. Das hat aber dazu geführt, dass mit der Wahl im Sommer 2016 ein neuer Präsident des Wahlbüros gewählt wurde, Herr Tobias Schläpfer. Ihm hat man im August 2018 die Unterlagen zum Wahlbüro übergeben, und er sagte uns damals, seine oberste Priorität sei es in den ersten Monaten seines Wirkens, wieder Ruhe in das Wahlbüro hineinzubringen.

Wir haben dann Ende März 2017 beim Gemeindepräsidium nachgefragt, wie es im Hinblick auf unseren Rechenschaftsbericht mit dem Wahlbüro aussieht. Daraufhin hat Frau Nüssli bei Tobias Schläpfer nachgehakt und die Erarbeitung der neuen Wahlbüro-Ordner bis Ende Juni 2017 verlangt. Es ging darum,

---

dass der Wahlbüro-Ordner, der über viele Jahre hinweg vor sich hingewachsen war und nicht mehr zeitgemäss sowie mit gewissen Fehlern behaftet war, auf den aktuellen Stand gebracht werden sollte, sowohl was die Gesetze wie auch was die Abläufe angeht. Im Juni 2017 hat dann der Präsident des Wahlbüros informiert, dass er durch seine geschäftlichen Verpflichtungen nicht in der Lage gewesen sei, den Ordner und die Unterlagen zu besprechen. Er brauchte mehr Zeit, als abgemacht war, für die Bearbeitung und hat den Ordner später abgegeben. Die Besprechung, die zwischen Gemeindeverwaltung und Präsidium hätte stattfinden sollen, konnte dann nicht stattfinden aufgrund von beruflichen und geschäftlichen Verpflichtungen. Die abgesagte Sitzung wurde dann Anfang September nachgeholt, und man hat das Ganze effektiv Mitte/Ende besprochen und war von beiden Seiten der Meinung, der Ordner sei jetzt in Ordnung, sodass man ihn den Wahlbüro-Mitgliedern zur Durchsicht vorlegen könne. Diese Verschiebung führte dazu, dass man den Wahlbüro-Ordner den Mitgliedern des Wahlbüros leider erst im November zur Durchsicht hinlegte, und dass er erst im Frühjahr 2018 von allen unterschrieben war und in physischer Form an den entsprechenden Stellen vorlag. Genauer gesagt, er war unterschrieben, aber er lag noch nicht überall vor, wo wir ihn gern gehabt hätten. Bis Ende Frühjahr 2018 wurde das dann definitiv nachgeholt.

Wir konnten im Jahr 2018 den ganzen neu ausgeschafften Wahlbüro-Ordner sichten und haben ihn überprüft auf die gesetzlichen Grundlagen hin, auf die Abläufe und Organigramme; und wir haben die Dinge, die aus unserer Sicht noch offen oder nicht zufriedenstellend waren, aufgenommen. Daraus resultierte eine Liste mit offenen Fragen und Punkten zum Inhalt des Ordners wie auch zur Überarbeitung, die wir dann zurück an die entsprechenden Stellen gaben.

Im Sommer 2018 führten wir trotzdem noch Gespräche mit allen betroffenen Stellen zur Frage, warum es fast zwei Jahre gedauert hatte, bis der Ordner effektiv in der gewünschten Art, Anzahl und Überarbeitung an den gewünschten Orten vorlag. Zudem haben wir im Sommer nochmals gewisse Anpassungen verlangt betreffend Übergabekonzept und der einheitlichen Lösung der Aufbewahrung der Utensilien. Auch dort stellten wir fest, dass Wahlbüro-Utensilien zwar gelagert waren, dass es aber keine korrekte Handhabung dafür gab, wo welche Utensilien in welcher Zahl gelagert werden. Darunter sind wichtige Sachen wie Stempel und amtliche Siegel, um die Richtigkeit von Wahlen festzustellen, wobei auch gewährleistet sein muss, dass, wenn aus irgendeinem Grund der Wahlbüro-Präsident verhindert ist, auch der Vizepräsident auf die Utensilien Zugriff hat, die er braucht, um seinen Job ordnungsgemäss auszuführen, und dass die Leute sowohl auf der Verwaltung wie im Wahlbüro wissen, wo diese Utensilien sich befinden.

Im Winter 2018 hat dann die GPK festgestellt, dass alle von ihr gewünschten Änderungen erfolgt sind, wie wir uns das erhofft hatten, und wir haben dann einstimmig beschlossen, dass jetzt der Zeitpunkt sei, um den Bericht an den Einwohnerrat zu verfassen. Abschliessend möchten wir noch sagen, dass es drei Punkte gab, bei denen man seinerzeit in der Ausarbeitung Zeit hätte einsparen können. Das wäre zum einen gewesen, wenn man gleich zu Anfang der Legislatur damit angefangen hätte, den Ordner aufzuarbeiten. Da sind neun Monate verstrichen, bis der Input der Gemeindepräsidentin kam, dass der Ordner jetzt bitteschön erstellt werden soll. Wir verstehen aber, dass die Priorität des Wahlbüro-Präsidenten am Anfang darauf lag, dass er unter den Büromitgliedern und bezüglich der Abläufe eine Kontinuität hereinbekommen wollte, und dass er für Ruhe und Ordnung sorgen wollte. Das war ihm das Wichtigste, und dem können wir soweit folgen. Der zweite Punkt ist der, dass noch einmal ein paar Monate verstrichen, bis alle Wahlbüromitglieder den Ordner durchgesehen hatten. Wenn man den Ordner an einem Wahlsonntag aufgelegt hätte und einen Turnus gemacht hätte, oder wenn man das Thema mit den Vizepräsidenten angegangen wäre, dann hätte man an dieser Stelle nochmals Zeit einsparen können. Und am Schluss ging es dann ab November 2017 darum, dass die Ordner unterzeichnet und in der gewünschten Menge an allen Stellen vorlagen; auch das hat nochmals Zeit gebraucht, die man hätte verkürzen können.

Zum Schluss ist aber wichtig, dass das Wahlbüro unsere Beanstandungen über Versäumnisse etc. aufgenommen hat und zusammen mit der Gemeindeverwaltung der Sache nachgegangen ist. Wir waren dann auch der Meinung, dass nach unserem Nachhaken der Priorität, die dem Thema zukommt, nachgekommen wurde. Wir sehen auch nach der Prüfung des Wahlbüro-Ordners, dass dort vom Präsidenten und vom Präsidium des Wahlbüros extrem viel Arbeit geleistet wurde. Sie haben in Eigenregie den ganzen Ordner überarbeitet. Da reden wir von -zig Stunden. Das ist ein grosser Aufwand, und wir sind in der Kommission der Meinung, dass das Ergebnis sehr sehenswert ist. Der Ordner ist jetzt top aktuell und auf den Einsatz in der Praxis abgestimmt. Trotz Anfangsschwierigkeiten in Sachen Priorität sind wir der Meinung, dass man am Schluss auf beiden Seiten sehr ziel- und lösungsorientiert gearbeitet und ein Ergebnis erarbeitet hat, das sowohl das Wahlbüro wie auch die Gemeindeverwaltung zufriedenstellen dürfte, und das auch uns als Kommission zufriedenstellt, sodass wir der Meinung sind, dass das Wahlbüro seinen Job ohne Einschränkungen wahrnehmen kann und, davon gehen wir aus, dies auch weiterhin so gut leisten wird, wie es in den letzten drei Jahren geschehen ist.

Aus diesem Grund danken wir dem Wahlbüro, wie aber auch der Verwaltung, für die Zusammenarbeit und für das Ausarbeiten dieser Ordner. Wenn Fragen zum Bericht oder zum Ablauf sind, beantworte ich diese gern.

### *Allgemeine Beratung*

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Namens unserer Fraktion danke ich für den Bericht. Es erfüllt mich mit Genugtuung, dass sich die ganze schwierige Situation, die mit dem Wahlbüro bestanden hatte, hat konsolidieren lassen. Und natürlich möchte ich auch der besonderen Genugtuung darüber Ausdruck geben, dass der Präsident Tobias Schäfer, EVP, der von unserer Fraktion zur Verfügung gestellt wurde, eine gute Arbeit leistet, zusammen mit allen weiteren Beteiligten.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft abgeschlossen ist. Ich frage den Rat an, ob abschnittsweise Beratung gewünscht wird. – Auch das ist nicht der Fall.

### *Abstimmung*

#### Antrag der GPK, S. 4

Gestützt auf diese Ausführungen stellen wir folgenden Antrag:

1. Vom Bericht der GPK über das Wahlbüro wird Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### ***Traktandum 12***

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2019/2020

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
- b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
- c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
- d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
- e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen, Geschäft 4465

---

## **12a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates**

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es Wahlvorschläge?

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Gemäss unserem Brauch und auch unserem Rotationsprinzip, auch Turnus genannt bei uns im Einwohnerrat Allschwil, ist jetzt wieder einmal die SVP an der Reihe. Darum sitzt unser Kandidat auch als 1. Vizepräsident dort oben im Büro. Aber das ist ja nicht der eigentliche Hauptgrund für unsere Nomination. Florian Spiegel ist jetzt seit neun Jahren im Einwohnerrat. Von diesen neun Jahren hat er sieben Jahre unsere Fraktion präsiert – mit Auf und Ab, aber erfolgreich. So ein Erfolg ist nicht geschenkt; er hängt schwer mit sehr, sehr viel Arbeit zusammen. Er war stets einer, und ist es immer noch, der das Gespräch gesucht hat. Er hat es gesucht mit uns innerhalb der Fraktion sowie auch mit den Mitgliedern der anderen Fraktionen und Parteien. Diese Zusammenarbeit hat auch meistens sehr

---

gut geklappt, unter anderem auch dank seiner Kompromissbereitschaft. Durch seine Vielzahl an Stimmen hier im Rat ist er zwischendurch auch einmal angeekelt, und das teilweise auch mit einer sehr scharfen Zunge – aber immer anständig, ohne die Menschen hinter den Gegenargumenten zu beleidigen. Aber das gehört eben zu einem guten Spieler dieses Spiels. Wichtig war immer, dass man anschliessend mit ihm gemütlich ein Bier trinken gehen konnte. Und das haben ja auch die meisten von euch hier drin schon einmal gemacht. Denn genau die Differenzierung zwischen «hier drin» und «dort draussen» war ihm immer bewusst und sie ist ihm dementsprechend immer gelungen. Und so habe ich ihn kennengelernt: offen, ehrlich, mit einer gesunden, direkten Linie. Er kann auf den Tisch klopfen. Aber er kann auch seine Fehler zugeben. Lieber Rat, das sind genau die richtigen Eigenschaften für die Position als Einwohnerratpräsident. Und was das Wichtigste ist, das Allerwichtigste für diese Position: Er kennt das Drehbuch, und vor allem kennt er unser Reglement. Die SVP-Fraktion nominiert Florian Spiegel als Präsident des Einwohnerrats Allschwil für die Amtsperiode 2019/2020. Wir danken euch schon im Voraus für eure Unterstützung.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominierungen?

**Ursula Krieger**, AVP-Fraktion: Wir von der AVP-Fraktion haben eine andere Idee. Wir nominieren einen Mann, der schon lange Jahre Erfahrung im Büro hat, und der konstruktiv und konziliant für das Parlament und für Allschwil mitarbeitet. Er sitzt dort droben, und wir sind überzeugt, dass es auch für eine kleine Fraktion einmal Zeit wird, den Präsidenten zu stellen. Wir nominieren Christoph Ruckstuhl von der EVP aus der Fraktion EVP/GLP/Grüne. Geben Sie sich einen Ruck, wählen Sie bitte Christoph Ruckstuhl.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominierungen?

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Keine Nomination, aber ein Anliegen zu dem, was jetzt hier drin abgeht. Was jetzt hier drin bei diesem Wahlgeschäft vorgeht, und was sich im Vorfeld dieser Einwohnerratssitzung abgespielt hat, ist für die SP-Fraktion schockierend – und wohl eine der bittersten Stunden dieser Institution Einwohnerrat in Allschwil. Nirgends ist reglementarisch festgehalten, wer einen Anspruch auf das Einwohnerratpräsidium hat. Lediglich darf ein abtretender Präsident resp. eine abtretende Präsidentin in den nächsten drei Jahren nicht wiedergewählt werden. Aber seit der Gründung dieses Ratsbetriebs hat man sich auf ein bis heute geltendes Agreement zwischen den Parteien gestützt. Der Anspruch auf die Ehre, diesen Ratsbetrieb führen zu dürfen, wird durch einen exogenen Faktor bestimmt, der also vom Ratsbetrieb selber nicht beeinflusst werden kann. Dieser Faktor, resp. die Grösse, auf die man sich seit eh und je gestützt hat, ist wohl mit Abstand die kostbarste und wichtigste demokratische Legitimität überhaupt: der indirekte Wählerentscheid der Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil. Das heisst schlussendlich, dass innerhalb der Legislatur, die eben vier Jahre dauert, die vier wählerstärksten Parteien einen Anspruch auf einen Sitz im Präsidium haben. Gerade aufgrund dieser beiden Umstände – erstens eine hohe demokratische Legitimität, zweitens eine Exogenität – kann innerhalb der Legislatur ein sauberer Ratsbetrieb gewahrt werden. Sauber heisst, dass der ganze Machtkampf-Hickhack nur einmal kurz vor den Wahlen und einmal nach den Wahlen bei der konstituierenden Sitzung stattfindet, und dass dazwischen – und dafür sind wir ja eigentlich gewählt – ein sachlicher Betrieb gewährleistet werden kann. Das, meine Damen und Herren, ist das Geheimnis. Wobei bis heute die Institution Einwohnerrat zwar ab und zu eine harzige, aber sicher eine erfolgreiche Institution für Allschwil war. Doch was ist in den letzten Wochen passiert? Aufgrund von persönlichen Auseinandersetzungen ...

**Markus Gruber**, Präsident: Herr Winter ...

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Nein ...

**Markus Gruber**, Präsident: Darf ich Sie bitten, zur Sache zu kommen, es geht um ein Wahlgeschäft ...

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Eben!

**Markus Gruber**, Präsident: Wir ziehen jetzt diese Wahl durch. Hier ist kein Wahlkampf ...

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Nein, aufpassen!

**Einwurf aus dem Plenum**: Doch, das ist Wahlkampf!

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Aufpassen! Durch Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, die sich mittlerweile in einen parteilichen Grabenkampf, resp. Hühnerkampf entwickelt haben, der aus Sicht der Institution Einwohnerrat nichts anderes als ein belangloser zwischenpersönlicher Zwist ist, wird der Grundpfeiler der Institution Ratsbetrieb Allschwil auseinandergerissen. Erschreckenderweise, und das ist ja das

---

Traurige an der ganzen Sache, ist der hirnrissige Umstand, dass die beiden Parteien namens FDP und CVP, die das Agreement seit eh und je unterstützt haben, jetzt im letzten Jahr der Legislatur – nachdem sie notabene selber davon profitiert hatten mit ihrer Wahl – aufgrund dieser komplett irrwitzigen Aktion ihr eigenes Wort und Rückgrat brechen wollen, und somit die ganze Institution ...

**Markus Gruber**, Präsident: Herr Winter, ich glaube, das können Sie nach den Wahlen sagen, denn Sie wissen ja noch gar nicht, wie das Resultat ist. Von daher würde ich vorschlagen, dass man jetzt zur Wahl schreitet und ...

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ja, ich würde gern den Punkt, resp. den Wahlvorschlag der SP ...

**Markus Gruber**, Präsident: Ich würde jetzt gern diese Wahl durchführe. Sie können sich noch kurz äussern, dann führen wir die Wahl durch.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich halte fest. Mit dem heutigen System, das wir haben, fahren wir sehr gut. Ich weiss, kleine und Kleinstparteien sind leider benachteiligt, und das haben sie auch schon moniert. Aber man kann den Turnus, den wir jetzt haben, auch in gewissen Massen anpassen. Aber ich finde es eine absolute Frechheit und eine Nonchalance von dieser Seite, so in diesem Ratsbetrieb vorzugehen. Und ich bitte euch, als persönlicher Appell, nehmt euer stilles Wahlrecht wahr, geht in euch und überlegt auch, ob ihr das mit eurem Wissen und Gewissen vereinbaren könnt, was wir hier durchziehen. Ihr seid keinem verpflichtet bei eurer Abstimmung, aber ihr müsst das tragen, was ihr tut.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir teilen die Wahlzettel aus.

[Rufe aus dem Plenum nach Aussprache]

**Markus Gruber**, Präsident: Es geht um Wahlvorschläge. Es ist keine allgemeine Diskussion und Beratung. – Frau Gosteli, haben Sie einen Wahlvorschlag? – Herr Zimmermann, haben Sie einen Wahlvorschlag?

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Jawohl. Und zwar möchte ich nochmals zurückkommen auf die letzten Jahre. Ich bin elf Jahre hier drin, heute den letzten Tag. Das hat es noch nie gegeben, dass man nicht über die Wahlen und darüber, wen man hier präsentiert, diskutiert hat; und diese Zeit muss sein. Diese Zeit wird gegeben! Es geht nicht, dass man das Wort abklemmt, weil es dem Präsidenten grad nicht passt, dass etwas kritisch hinterfragt wird. Das geht nicht, excusez. Es gibt eine Redegelegenheit ...

**Markus Gruber**, Präsident: Besten Dank ...

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: ... die man wahrnehmen kann, und das wird eingehalten, es tut mir leid. Wir haben noch nie einfach nur abgestimmt. Wir haben einander angehört. Und das wird auch dieses Mal der Fall sein. Wir haben kein neues Reglement ...

**Markus Gruber**, Präsident: Ja, ich habe Sie gehört, besten Dank ...

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Gut, danke!

**Julia Gosteli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nicht so pathetisch reden wie mein Vorredner. Aber es muss eine Lösung her. Wir wollen ja alle, dass einvernehmlich möglichst alle zufrieden sind. Ich anerkenne eindeutig – ich rede für mich –, dass die SVP vom Proporz her Anrecht hat auf das Präsidium. Das hat Etienne vorhin auch gesagt. Anscheinend – ich möchte mich da überhaupt nicht einmischen, denn der Knatsch zwischen AVP und SVP geht mich gar nichts an ... Ich finde es auch sehr schade, dass das jetzt hinüberschwappt in den ganzen Einwohnerrat und in diese Wahl hier. Aber die SVP hat staatspolitisch ganz klar Anrecht auf diesen Proporz, das ist meine Meinung. Und ich merke einfach, da ist Knatsch, anscheinend ist irgendein Kopf nicht recht – hm, ich nenne es jetzt einfach so. Ich stelle darum einen Antrag und sage, wir können ein Timeout nehmen, und die SVP nominiert einen anderen Kopf aus ihren Reihen – SVP, Parteiproporz. Das wäre einfach mein lösungsorientierter Vorschlag.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Hat die AVP ihren Vorschlag vor der Sitzung abgegeben oder nicht? Wenn nicht, dann gilt § 89 des Geschäftsreglements: «Wahlvorschläge sind bis zum Sitzungsbeginn beim Präsidium zu deponieren.» Dementsprechend wäre der Wahlvorschlag nicht gültig. Bitte ehrlich sein.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Seit 1972 gibt es diesen Rat. Seit 1972 bin ich stimmberechtigt hier drinnen und verfolge das. Man sagt «Silberrücken» oder «Methusalem», je m'en fous. Was heute Abend



---

passiert, ist ganz einfach eine Abrechnung zwischen Interessengruppen. Und was man jetzt hier tut, irgendeine Person zu suchen, die die Entscheidung fällen muss – sage ich ja zu diesem Vorschlag, sage ich nein zu diesem Vorschlag? – egal wie, es ist schweinebackefaul von euch, dass diese Person die Verantwortung übernehmen muss und am Schluss den Schwarze Peter hat. Nimmt er nicht an, hat er den Schwarzen Peter gegenüber euch, nimmt er es an, können nur die zu ihm ja sagen, die das System umwerfen wollen. Was ihr macht, ist eine persönliche Abrechnung auf Kosten eines wertvollen Mitglieds des Rats. Schämt euch!

**Claudia Sigel**, CVP-Fraktion: Ich würde gerne den Antrag von Frau Kollegin Gosteli unterstützen. Jeder hier in Allschwil hat am Rand mitbekommen, was es für ein Hickhack gab zwischen AVP und SVP, und ich möchte mich hier nicht äussern, auf welcher Seite ich stehe. Aber auch ich anerkenne grundsätzlich den Anspruch der SVP auf dieses Präsidium, und ich denke, es wäre ein guter Kompromiss heute Abend, der SVP eine Möglichkeit zu geben, einen anderen Kandidaten zu nominieren.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich muss ein wenig aufpassen. Ich finde es sehr despektierlich, dass da Leute, die noch nicht so lange in diesem Rat dabei sind, zu wissen glauben, wie die Dinge ablaufen. Das hat es noch nie gegeben, das ist richtig, dass man verweigert hat. Was hat es bisher schon gegeben? Man hat schon Leute nicht im Büro haben wollen, weil man sagte: Da haben wir Bedenken. Josua Studer zum Beispiel. Und das hat man natürlich nicht an der Sitzung vorher besprochen. Sondern man ist, offen und fair, wie man ist, zu der betreffenden Partei gegangen und hat gesagt: Bitte bringt den nicht, sucht jemand anderen, sucht das Gespräch, den möchten wir nicht unterstützen. Aber da ging es nicht um persönliche Gründe, sondern weil hier etwas vorgegangen war, dem man nicht zustimmen konnte. Persönliche Gründe können nicht der ausschlaggebende Grund sein wieso etwas nicht... Und jetzt weiter zum Ablauf: Normalerweise ist es so, wenn ich jemanden zum 1. Vizepräsidenten wähle, dann ist es ganz klar das Agreement, dass er nachher Präsident wird. Wenn man gegen Florian Spiegel persönlich etwas hatte, hätte man das letztes Jahr bei der Wahl monieren müssen und hätte sagen müssen, nein, ihn wollen wir nicht. Das wäre jetzt einfach ein Absagen, das einfach nicht geht. Und da hilft auch ein Timeout nichts. Das ist unzulässig, wie das hier abläuft. Und früher, das muss ich doch noch sagen, in der letzten Legislatur wäre das nie, nie so durchgegangen. Dort hatten wir noch Exponenten in diesem Einwohnerrat, die eine gewisse Ehre hatten. Die sind leider alle gegangen. Aber die waren jahrelang dabei gewesen und wussten genau, wie das funktioniert. Mittlerweile haben wir sehr viel Neue hier drinnen, die plötzlich ganz neue Spielregeln erfinden wollen. Aber so läuft das, geschätzte Damen und Herren, nicht.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin seit einer Woche in einer ziemlich schwierigen Situation. Nicht täglich und stündlich, aber immer öfter und immer wieder. Ich finde natürlich schon lange die Lösung mit dem fünften Rad am Wagen, das wir spielen dürfen, nicht demokratisch günstig. Aber es ist überhaupt nicht in meinem Interesse, dass wir jetzt versuchen, das zu korrigieren, um als kleinste Fraktion zu einem Präsidium zu kommen. Das ist überhaupt nicht in meinem Interesse. Was ich aber sagen möchte, ist, dass ich mich – ich bin noch nicht hundert Jahre, aber einmal vier und einmal neun Jahre im Einwohnerrat – in den letzten neun Jahren öfters als Opfer des Macht-Schach erlebt habe. Öfters. Und jetzt läuft auch ein Macht-Schach. Und das hat nichts mit der Sache zu tun. Da kann man noch so viel behaupten und noch so geschreit darüber reden und noch so juristisch begründen, dass es jetzt so und so sein müsse – es ist ein Macht-Schach. Und was ich schon gesagt habe bei dem Konflikt, der aufgebraust ist zwischen der SVP und der neuen SVP oder der Allschwiler SVP, oder was immer – ich hatte immer gesagt, ich würde mir wünschen, dass dieser Konflikt nicht überschwappt in den Einwohnerrat und uns arbeitsunfähig macht oder sogar lähmt. Und ich muss sagen, dieser Konflikt ist nach wie vor nicht konstruktiv bearbeitet, und das ist eine schwache Leistung sowohl von der SVP als auch von der AVP. Es ist typisch für diese Partei, aber es ist eine schwache Leistung. Und ich habe gegenüber beiden Seiten meine Vorbehalte. Darum kommt eigentlich für mich nur infrage, mich der Stimme zu enthalten, um zu zeigen: So nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das ist keine sachorientierte Politik, sondern das ist ein Mist, und zwar nicht erst in einem Jahr, sondern jetzt.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich möchte Etienne danken für sein Votum. Das hat es wirklich noch nie gegeben und ich habe es noch nie erlebt. Es ist unerklärlich, nicht nachvollziehbar, aber dann macht man halt diese Machtspiele. Und ich habe auch das Gefühl, wenn man gehört hat, was im Umlauf ist, dass es auch gewissen Leuten im Gemeinderat nicht passt, wenn Herr Spiegel dort oben im Präsidium sitzt. Und das ist für mich noch ein grösseres Bedenken, ganz ehrlich gesagt. Es hat gar keine Äusserung hier drin. Es ist eine informelle Verantwortung, die der Gemeinderat hat, und keine Entscheidungsbefugnis. Und das wird leider schon wieder beschnitten. Absolut No go, tut mir leid.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Ganz kurz und bündig: Lassen wir uns doch nicht zum Spielball zwischen AVP und SVP machen, sondern wählen wir jetzt Florian Spiegel, so, wie es einfach vorgesehen ist, und so, wie es auch in den letzten Jahren immer war: dass der 1. Vizepräsident dann Präsident wurde, und

---

weil er einfach auch schon die Erfahrung hat. Er ist schon im Büro. Es bringt jetzt nichts, wenn wir jemand anderen wählen, der die Erfahrung nicht mitbringt.

**René Imhof**, AVP-Fraktion: Es ist nicht ganz so, dass man hier gegeneinander arbeitet. Denn vorher sass eigentlich Herr Kneubühler dort oben. Der wäre sicher gewählt worden. Und weil Herr Spiegel diese Macht haben wollte, hat man miteinander geredet und irgendwelche Sachen vorgeschoben, und wegen dem sitzt er jetzt dort oben. Und das bekämpfen wir. Und nicht irgendwelche anderen Sachen, die hier erwähnt werden.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Nur schnell eine Korrektur, lieber René. Nein, er sitzt nicht dort oben wegen der Machtposition. Er sitzt dort oben, weil der Einwohnerrat ihn gewählt hat. Wir haben ihn gewählt.

**Markus Gruber**, Präsident: Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Wir teilen die Wahlzettel aus. Es sind 38 Wahlzettel.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich würde gern die Pause nützen, um Julia Gosteli zu verabschieden, denn sie muss nachher gehen.

**Markus Gruber**, Präsident: Wenn sich die Leute trotzdem darauf konzentrieren können, welchen Namen sie hinschreiben sollen, geht das in Ordnung. *[Heiterkeit]*

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Julia, du hast für uns wertvolle Arbeit geleistet. Du ziehst aus, das ist schade. Du ziehst nach Liestal, das ist toll. Und ich möchte dir ein «Allschwil bewegt»-Fünfjahres-Jubiläumstüchlein überreichen. Darauf steht «Allschwil bewegt». Eigentlich müsste darauf stehen «Allschwil bewegt Liestal». *[Beifall]*

**Markus Gruber**, Präsident: Ich bitte, die Wahlzettel wieder einzuziehen. – Während der Auszählung fahren wir mit Traktandum 4 weiter. *[Siehe S. 793 ff. des Protokolls]*

Wahlresultat:

Ausgeteilte Stimmzettel:	38
Eingegangene Stimmzettel:	37
Davon leer oder ungültig:	4
Gültige Stimmen:	33
Absolutes Mehr:	17

**://:**

Mit 23 Stimmen ist Florian Spiegel gewählt.

*[Applaus]*

Ferner haben Stimmen erhalten: Christoph Ruckstuhl (8), Patrick Kneubühler (2).

**Florian Spiegel**, Präsident in spe: Trotz hitziger Diskussion im Vorfeld möchte ich mich für die Unterstützung bedanken und möchte mich vor allem bei all denen bedanken, die sich an das Arrangement gehalten haben, das wir seinerzeit abgemacht hatten, die in dieser turbulenten Zeit und in den Auseinandersetzungen einen kühlen Kopf bewahrt und den Grundsatz der Demokratie hochgehalten haben und nicht den Grundsatz des Auseinanderdividierens. Dafür möchte ich meinen persönlichen Dank ausrichten und möchte Sie herzlich einladen, anschliessend an die Sitzung in den «Kitchen Brew» in Allschwil, gegenüber vom Coop Letten, zu kommen; dort sind Sie alle zu Getränken und Essen eingeladen. *[Beifall]*

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Dank auch unsererseits. Wir freuen uns riesig, dass Florian gewählt worden ist. Wir haben ihm gerade ein Präsent übergeben. Du kannst es schon schnell zeigen. Wir haben gesehen, dass auf deinem Balkon die Blumen nicht wirklich gut beherbergt sind. Sie sind ganz schön braun. Wir dachten darum, wir schenken lieber einen guten Tropfen. Falls du es nicht allein schaffst, weisst du ja, wen du einladen darfst.

**Markus Gruber**, Präsident: Wir fahren mit den Wahlgeschäften weiter.

## 12b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es Wahlvorschläge gibt.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Ich denke, wir fahren so weiter, wie es war, nämlich dass der 2. Vizepräsident zum 1. Vizepräsidenten wird, und wir schlagen ihnen vor, Christian Kellermann zu wählen.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Somit bitte ich, die Stimmzettel auszuteilen. Es sind jetzt 37 Stimmzettel. –

Ich bitte, die Stimmzettel wieder einzusammeln. – Während ausgezählt wird, fahren wir mit Traktandum 5 weiter. *[Siehe S. 795 ff. des Protokolls]*

Ausgeteilte Stimmzettel:	37
Eingegangene Stimmzettel:	36
Davon leer und ungültig:	0
Gültige Stimmen:	36
Absolutes Mehr:	19

**//:**

Mit 35 Stimmen ist Christian Kellermann (CVP) gewählt.

Ferner haben Stimmen erhalten: Christoph Ruckstuhl (1)

*[Applaus]*

**Christian Kellermann**, 1. Vizepräsident in spe: Vielen Dank für euer Vertrauen, das ihr mir jetzt schon zum zweiten Mal gegeben habt. Letztes Jahr war ich leider krankheitshalber abwesend. Dieses Jahr konnte ich mit Genuss die Wahl mitverfolgen und habe das Resultat mit grosser Freude entgegengenommen. Es erfüllt einen schon mit Stolz, hier vorne sitzen zu dürfen und diesen Einwohnerrat mitbegleiten, resp. auch -führen zu dürfen. In dem Jahr, in welchem ich jetzt 1. Vizepräsident sein darf, werde ich mein Bestes geben, und ich bin gespannt, wie es in einem Jahr aussieht, und ob es wieder zu solchen Diskussionen kommen wird wie dieses Mal. Herzlichen Dank, und ich freue mich auf das kommende Jahr mit euch.

*[Beifall]*

## 12c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es Wahlvorschläge gibt.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Wir schlagen unser langjähriges Mitglied Niklaus Morat vor. Ich glaube, ihr kennt ihn alle sehr gut, weil er hier im Einwohnerrat eine sehr gute Arbeit leistet. Ich bin sicher, dass ihr ihm eure Stimme geben könntet für das 2. Vizepräsidium.

**Markus Gruber**, Präsident: Gib es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte, die Stimmzettel auszuteilen. Es sind 37 Stimmzettel. – Ich bitte, die Stimmzettel wieder einzusammeln.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich nutze die Zwischenzeit, um auch noch jemandem hier drin Dankeschön zu sagen. Lieber Simon, du hast gestern deinen Austritt aus dem Einwohnerrat gegeben. Das hast du bei uns schon vor einem Jahr bekanntgegeben, und wir haben mit einem traurigen Auge die Tage gezählt, bis das Jahr herum war. Du hast elf Jahre in diesem Einwohnerrat verbracht, manchmal mit lauter Stimme, und manchmal mit noch lauterer Stimme, manchmal mit rotem Kopf und manchmal mit noch röterem Kopf hier drin moniert. Du warst immer sehr direkt, und du hast auch manchmal die Leute, nicht immer ganz freundlich, «die sieben Nasen» genannt, oder du hast andere wunderbare oder nicht so wunderbare Abkürzungen oder Umschreibungen gefunden. Was du aber immer gemacht hast: Du bist immer für jemanden eingestanden, egal aus welcher Partei, wenn du das Gefühl hattest, ihm wird Unrecht getan hier drin. Man kann fast sagen, du bist ein Gerechtigkeitsfanatiker. Das hast du immer gemacht. Der Betrieb und die Abläufe im Rat waren dir immer am wichtigsten, und dir ging es nie darum, von welcher Seite jemand gerade unter Beschuss kommt. Solange der Beschuss gerechtfertigt war, hast du ihn mitgetragen, aber sobald er nicht mehr gerechtfertigt war, hast du dich für jeden eingesetzt. Und ich glaube, das ist eine wunderbare Einstellung, die du hast, und auch ein hohes Gut, das du in diesem Rat vertreten hast. Und darum bin ich der Überzeugung, dass es für den Rat ein Verlust ist. Aber es ist nicht nur für den Rat der Verlust eines Mitglieds, sondern ich habe dich über die vielen Jahre als Freund und nicht nur

---

als Parteikollege gewinnen dürfen. Darum tut es mir heute auch weh, dich zu verabschieden. Simon, wir von der SVP-Fraktion bedanken uns aus ganzem Herzen bei Dir für die Arbeit, die du für die Partei geleistet hast. Und wir schenken dir und deiner Familie ein Wochenende auf dem Ballenberg mit Übernachtung, und wir hoffen, dass du jetzt als Vater die Zeit mit deinen Kindern geniessen kannst. Herzlichen Dank für alles!

*[Beifall]*

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Der Dank geht zurück an euch. Fightet weiter. Und Etienne, jetzt bist du dran. Setz du dich ein für die anderen Kollegen. Das gefällt mir auch.

*[Beifall]*

**Markus Gruber**, Präsident: Wir kommen zum Wahlergebnis bezüglich 2. Vizepräsident.

Ausgeteilte Stimmzettel:	36
Eingegangene Stimmzettel:	36
Davon leer und ungültig:	0
Gültige Stimmen:	36
Absolutes Mehr:	19

*://*:

Mit 30 Stimmen ist Niklaus Morat gewählt.

Ferner haben Stimmen erhalten: Christoph Ruckstuhl (6).

*[Applaus]*

**Niklaus Morat**, 2. Vizepräsident in spe: Vielen Dank für das Vertrauen. Ich hoffe, dass ich als 2. Vize genauso wenige Fehler mache wie hier als Stimmzähler und den 1. Vize und den Präsidenten genauso gut unterstütze, wie das meine Vorgänger getan haben. Herzlichen Dank.

*[Beifall]*

**Markus Gruber**, Präsident: Wir kommen zur Wahl der zwei Stimmzähler.

#### 12d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es Nominierungen?

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion schlägt Ihnen Christoph Ruckstuhl vor.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Wir schlagen euch Astrid Kaiser vor. Wir sind überzeugt, dass sie einen guten Job im Einwohnerratsbüro machen wird, und wir denken, auch rein für die Frauenquote wäre es wieder einmal an der Zeit, dass eine Frau dort oben sitzt.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominierungen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

*://*:

Astrid Kaiser und Christoph Ruckstuhl sind in stiller Wahl als Stimmzähler gewählt.

*[Applaus]*

**Markus Gruber**, Präsident: Wir kommen zur Wahl der Ersatz-Stimmzähler.

#### 12e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es Nominierungen?

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wenn wir bei den Quoten sind, so setze ich mich für die Altersquote ein. Wir wechseln blond gegen grau aus. Melina Schellenberg hat sich bereit erklärt, Büroluft zu schnupern.

**Ursula Krieger**, AVP-Fraktion: Wir nominieren Pascale Uccella.

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen?

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Wir nominieren als Ersatz-Stimmenzähler Andreas Bärtsch.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion. Ich danke für die Nomination. Aller guten Dinge sind drei. Aber wir haben gemäss Usus zwei Ersatz-Stimmenzähler, zwei Stimmenzähler. Tut mir leid, Andreas, wir gehen mal *ein go schnappe zämme*.

**Markus Gruber**, Präsident: Ziehen Sie die Nomination zurück?

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Ja, wir ziehen die Nomination von Andreas Bärtsch zurück.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**://:**

Melina Schellenberg und Pascale Uccella sind in stiller Wahl als Ersatzstimmenzähler gewählt.

*[Applaus]*

**Markus Gruber**, Präsident: Somit bleibt mir das Schlusswort zum Abschluss meines Präsidialjahres. Ich hatte mich sehr gefreut über die Berufung in dieses Amt, und ich habe das Amt jederzeit sehr gerne ausgeführt. Es war für mich ein spannendes und sehr intensives Jahr, das ohne die vielfältige Unterstützung, die ich erhalten habe, nicht möglich gewesen wäre. Darum ein ganz herzliches Dankeschön an alle Beteiligten für all die Unterstützung, die ich in diesem Jahr erfahren durfte. Im Speziellen möchte ich mich im Namen des Einwohnerrats bei Herrn Patric Giess bedanken, der immer dafür gesorgt hat, dass die Infrastruktur im Saal bestens funktionierte, und, ganz wichtig, dass die Getränke und das Essen in der Pause immer schon bereit waren. Ich bitte Herrn Giess kurz nach vorne. *[anhaltender Applaus]*

Ein ganz spezielles Dankeschön geht auch an Nicole Müller vom Sekretariat. Ihre grossartige Unterstützung hat mir das Leben als Einwohnerratspräsident sehr erleichtert. Ein spezieller Dank geht auch an Ruedi Spinnler, der mich und das Büro immer kompetent in Rechtsfragen unterstützt hat. Ich hätte vorher nie gedacht, wie paragrafenlastig so ein Amt ist; und ich denke, ich bin auch in den Genuss eines speziell paragrafenlastigen Jahres gekommen. Ich bin immer froh gewesen, dass ich einen kompetenten und ausgewogenen juristischen Rat von Ruedi erhalten habe, der sich zum Beispiel im Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat bewiesen hat, wo der Regierungsrat dem Büro in allen Punkten recht gegeben hat. Dann geht ein ganz herzliches Dankeschön an meine Kollegen im Büro. Ich bedanke mich für die sehr gute und jederzeit angenehme Zusammenarbeit.

Und zum Schluss noch das Allerwichtigste: Mein grösstes Dankeschön geht an meine Frau Nicole und an meine Familie, die jederzeit mich unterstützt haben und die ganzen zeitaufwendigen politischen Aktivitäten nicht nur toleriert, sondern mich wirklich aktiv unterstützt haben. *[Beifall]* Somit bleibt mir noch, meinem Nachfolger Florian Spiegel alles Gute und ein spannendes Jahr als Einwohnerratspräsident zu wünschen. Ich werde in Zukunft nicht mehr hier oben sitzen, und wünsche allen im Büro alles Gute für das nächste Jahr. Und allen wünsche ich schöne Sommerferien und freue mich auf den Schlussabend, wo ich ja die meisten von euch wiedersehen werde.

Und wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schliesse ich die Sitzung ...

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Ich habe noch schnell eine technische Information. Da wir nicht genügend Leute sind, um das ganze «Kitchen Brew» zu reservieren, haben wir beim Eingangsbereich auf der linken Seite aussen einen Teil für uns reserviert. Es sind dort Hot Dogs und Brezeln bereitgestellt. Man muss jedoch, um das Bier zu holen, hineingehen, dort wo es gezapft wird, und dort muss man einfach sagen, dass es für den Einwohnerrat ist, dann wird es aufgeschrieben und uns belastet. *[Beifall]*

**Markus Gruber**, Präsident: Damit ist die Sitzung geschlossen.

ENDE DER SITZUNG 19.20 UHR.

